

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementshinweis pro Quartal M. 1 (ohne Beilage),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Staning.
verantwortlicher Redakteur: Fritz Baeplow, Adresse in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die dreigeschossige Postzelle ober herv. Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8181.

Inhalt: An die Mitglieder des Maurerverbandes. Die deutsche Arbeiterbewegung in den letzten zwölf Monaten. Deutscher Gewerkschaftsrat contra Buchdrucker-Verband. — Baugewerbeliches. — Lohnbewegungen und Streiks. Streitprozesse. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefstafetten.

An die Mitglieder des Maurerverbandes.

Werte Kollegen! Unsere Organisation, der Zentral-Verband der Maurer Deutschlands, war von jeher bestrebt, durch Unterhandlungen mit den Unternehmern vor kommende Differenzen auf gütlichem Wege zu besiegeln und durch gegenseitige Vereinbarungen den Frieden zu erhalten. Diesem Streben hat der letzte Verbandstag zu Berlin von Neuem Ausdruck verliehen. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß die Zahl der Unternehmer, die derselben Meinung sind, seitig, wenn auch langsam, wächst.

Dass es aber auch noch viele Unternehmer gibt, die meinen, daß der Friede nur durch Verstärkung unserer Organisation herbeizuführen und gesichert ist, haben wir, im Laufe dieses Jahres sehr oft erfahren müssen.

Diese Meinung ist besonders und wiederholt in der „Baugewerks-Zeitung“, dem Organ der organisierten Bauunternehmer, zum Ausdruck gekommen.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe, Baumeister B. Felsch, sagte z. B. nach einem Bericht in Nr. 74 der „Baugewerks-Zeitung“ vom 16. September a. a. in einer Versammlung des Berliner Arbeitgeberverbands:

„Die Ruhe im Baugewerbe kann nur durch einen großen Kampf und vollkommenen Sieg der Arbeitgeber erlangt werden.“

Und in derselben Nummer schreibt die „Baugewerks-Zeitung“ in einem Artikel an erster Stelle:

„Allgemein war man (gemeint ist die Versammlung des Berliner Bundes) der Ansicht, daß man nur durch einen langen Kampf, der ähnlich wie in Dänemark, in einer allgemeinen Arbeiterauspaltung seinen Ausdruck finden müsse, zu einem dauernden Frieden kommen werde.“

Diese Äußerungen lassen klar erkennen, was ein Schell der Unternehmer gegen unsere Organisation im Schilde führt.

Was haben wir nun angesichts solcher Drohungen zu thun? Wir meinen, daß wir unentwegt an dem eingangs erwähnten Standpunkt festhalten und uns mehr als bisher zur Abwehr rüsten müssen.

Alle Mitglieder müssen es sich zur Aufgabe machen, die uns fern stehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen. Daneben müssen die Beiträge für den Streitfonds noch besser fließen als bisher und muß dafür gesorgt werden, daß uns kein einziges Mitglied wegen rückständiger Beiträge verloren geht.

Wenn wir am Jahresabschluß berichten können, daß sich das Verbandsvermögen gegen das Vorjahr verdoppelt hat und die Mitgliederzahl wieder ganz bedeutend gestiegen ist, dann durfte auch in Unternehmertreinen die Überzeugung mehr und mehr Platz greifen, daß sich der gewünschte Friede nicht durch Gewaltmittel, sondern nur durch gegenseitige Vereinbarungen herbeiführen und erhalten läßt.

Kollegen! Erkennt den Ernst der Situation und tut Eure Pflicht!

Mit kollegalem Gruß

Der Vorsitzende.
F. A. Th. Bömelburg.

Die deutsche Arbeiterbewegung in den letzten zwölf Monaten.

(Oktober 1898 bis Oktober 1899.)

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat seinen Bericht an den am 9. Oktober in Hannover zusammengetretenen Parteitag veröffentlicht. Derselbe enthält u. a. sehr beachtenswerte Mitteilungen über die gewerkschaftliche Bewegung seit Ende vorigen Jahres, den Kampf um die Buchhausvorlage und das Koalitionsrecht.

Eine ganze Reihe ausländischer Genossen, deren ganzes Verbrechen meist darin bestand, Mitglied ihrer Gewerkschaft zu sein oder bei Wahlen ein Flugblatt entworf zu haben, sind darin über bei Wahlen ein Flugblatt entworf nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als die Ausübung des Koalitionsrechtes — bei formalem Fortbestehen desselben — zur Unmöglichkeit zu machen. Der Entwurf beweist ein Ausnahmegesetz gegen die Industriellen und gewerblichen Arbeiter. Er ist in den Strafsbestimmungen noch viel rigorosier als das frühere Sozialistengesetz und unterscheidet sich von diesem auch dadurch, daß er offen auf das falsche Mantelchen, nur den „die Staats- und Gesellschaftsordnung gefährden Umsturz“ belästigen zu wollen, verzichtet, und sich als das sieht, was er ist: ein Ausnahmes- und Ausbelgesetz gegen die gesamme arbeitende Klasse.

Der andauernd günstige Geschäftsgang in den meisten größeren Industrien und Gewerben hat zur Folge gehabt, daß die gewerkschaftliche Bewegung unter der deutschen Arbeiterschaft einen früher nie gekannten Aufschwung genommen hat. Der allgemeine Gewerkschaftskongress zu Pfingsten in Frankfurt a. M. und der allgemeine Arbeiterkongress, der wenige Wochen früher in Berlin tagte, legten daselbst ein glänzendes Zeugnis ab.

Hand in Hand mit der Stärkung der Berufsorganisationen ging das Verstreben, die günstige wirtschaftliche Konjunktur zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu benutzen. Dies gelang meist ohne größere Arbeitsleistungen, obwohl es auch an solchen nicht fehlt. Die Wut des Unternehmertums darüber, daß die gefeierte Nachfrage nach Arbeitern sie zwang, den Leichteren etwas günstigere Verbindungen zugelehnen zu müssen, reizte sie zu dem stürmischen Begehen, den Arbeitern auf dem Wege der Gesetzgebung die Ausübung des Koalitionsrechtes zu erschweren, ja, soweit es angeht, ganz unmöglich zu machen. Im Vorberetzen dieser Agitation stehen der Zentralverband der rheinisch-westfälischen Industrie und die meisten Innungsverbände, allen voran der Bund der Baugewerksmeister. Daß diese reaktionäre und arbeiterfeindliche Störung auf weitestes Ein gegen kommt in den maßgebenden Kreisen rechnen kann, dafür zum Beweis kommen wir im vorjährigen Bericht bereits auf den famosen Erfolg des Grafen von Posadowsky vom 11. Dezember 1897 hinzuweisen, und auch die viel erdrückte Döhnhäuserne Rebe gab ein deutliches Stimmungsbild. Der vorjährige Parteitag hat in einem besonderen Punkt der Tagesordnung Stellung zu jener Rebe genommen, nach der jeder mit Buchhaus bestraft werden sollte, der zu einem „Streik anreizt“. Aber mit dieser Stellungnahme des Parteitags war erst der Anfang einer ungangreichen und ungemein wickeligen Agitation gegen den Versuch, das Koalitionsrecht noch mehr einzudränen, gemacht. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, seit der Döhnhäuserne Rebe wird die agitatorische und öffentliche Thätigkeit der gesammelten deutschen Arbeiterklasse — ohne Rücksicht auf deren Parteidazugehörigkeit — beherrscht von der Sorge für das Koalitionsrecht und von dem Bestreben, dasselbe mit allen zulässigen Mitteln zu verhindern. Wo immer Arbeiterbereitstellungen sich zu ihren Generalversammlungen zusammenfinden — auch solche, die ausgesprochenenmaßen zu dem Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie in's Leben gerufen wurden —: überall wurde Widerspruch gegen die angekündigte Buchhausvorlage erhoben und in entschiedener Weise gegen jede Beschämung des Koalitionsrechts protestiert und dessen Erweiterung verlangt.

Diese Einflussnahme der gesammelten Arbeiterklasse, der sich auch ein großer Theil derjenigen bürgerlichen Presse anschloß, die nicht im Solde der Scharmacher steht oder, wie die konservativeren und antisemitischen Organe, ihre Spalten nur den Unternehmer-Interessen zur Verfügung stellen, hat zweifellos seine Wirkung nicht versiegt. Obwohl es in der

Döhnhäuserne Rebe heißt, daß das „Gesetz sich seiner Vollendung naht und dasselbe den Volksvertretern noch in diesem Jahre zugehen wird“, fand der am 6. Dezember 1898 zusammengetretene Reichstag die Vorlage nicht vor. Das Jahr 1898 ging zu Ende und von dem neuen Jahre verstrich Monat um Monat, ohne daß die Vorlage auf der Tagesordnung erschien. Erst kurz vor Schluss der Session, am 6. Juni, wurde dieselbe eingebrochen, nachdem Tags zuvor bereits der „Vorwärts“, unser Zentralorgan, in der Lage war, die Thatsache der Einbringung anzuhindigen.

Die Vorlage findet im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion gehörige Würdigung. Ihre Inhalt zeigt, daß die schwierigsten Verhütungen der Arbeiter nicht zu schwierig seien. Es wird mit dem Entwurf nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als die Ausübung des Koalitionsrechtes — bei formalem Fortbestehen desselben — zur Unmöglichkeit zu machen. Der Entwurf beweist ein Ausnahmegesetz gegen die Industriellen und gewerblichen Arbeiter. Er ist in den Strafsbestimmungen noch viel rigorosier als das frühere Sozialistengesetz und unterscheidet sich von diesem auch dadurch, daß er offen auf das falsche Mantelchen, nur den „die Staats- und Gesellschaftsordnung gefährden Umsturz“ belästigen zu wollen, verzichtet, und sich als das sieht, was er ist: ein Ausnahmes- und Ausbelgesetz gegen die gesamme arbeitende Klasse.

Durch die deutsche Arbeiterklasse ging ein Sturm der Entrüstung, als die Vorlage bekannt wurde. In Tausenden von Versammlungen wurde gezeigt, daß der Vorlage angesichts Arbeiterruhr und Unternehmerschutz protestiert und in Millionen von Flugblättern die Arbeiter aufgerufen darüber, welches Attentat gegen ihr wichtigstes Recht und ihre schärfste Waffe im Kampf um ihre Existenz geplant wird.

Diese Massenagitation ist nicht ohne Rückwirkung auf die Volksvertreter geblieben, wie der Verlauf der ersten Lesung der Vorlage im Reichstage zeigt. Eine vernichtende Niederlage, hat wohl noch keine Vorlage einer deutschen Regierung erlebt, als sie die vierzigste Verhandlung des Reichstages über die Arbeiterruhrvorlage brachte.

Der stenographische Bericht über diese Verhandlungen ist vom Parteivorstande in Massenauflage hergestellt und zum Selbstkostenpreise zur Agitation zur Verfügung gestellt worden. Der riesige Absatz der umfangreichen Broschüre beweist, welches große Interesse den Verhandlungen in Arbeiterkreisen entgegengebracht wurde.

Freilich, das großindustrielle Unternehmertum hat trotz dieser Niederlage den Kultus noch nicht verloren. Soll es auch ausgeschlossen, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt Geiß wird und lädt sich auch besonders für den Buchhausparagraphen kaum ein halbes Dutzend Stimmen unter den 297 Abgeordneten finden; so hoffen die Scharmacher doch sicherlich etwas von der Vorlage zu retten. Es sind ihre Tintenfülls und Agitatoren beispiellos angewiesen, die Agitation für die Vorlage mit ungeschöpften Kräften fortzuführen.

Bei dem übermächtigen Einfluß, den das Unternehmertum an maßgebenden Stellen ausübt, ist es ihm ein Leichtes, auch die Regierungsmaschinerie für seine Interessen wieder in Bewegung zu setzen, und so kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages der Kampf um den Arbeiterruhr in schärfster Form weiter geführt wird. Die sozialdemokratischen Vertreter werden in diesem neuen Kampfe ihren Mann stellen wie bisher. Sämt der Parteigenossen im Lande ist es, der Agitation der Scharmacherpresse gegenüber die Volksmassen aufzuläutern und in Bewegung zu bringen. Den schwachen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien darf kein Zweifel darüber bleiben, daß die Stimmabgabe für die Arbeiterruhrvorlage gleichbedeutend mit dem Verluste des Mandates bei den nächsten Neuwahlen ist.

Der Geist, der die Buchhausvorlage geboren und der von der Polizei und vielen Verwaltungsbehörden den Arbeitern gegenüber bei ihren Lohnkämpfen vielfach in der Praxis bestätigt wird, er dringt leider auch mehr und mehr in

die Gerichtssäle ein. Nicht nur, daß bestehende Strafbestimmungen auf Handlungen angewandt werden, die früher unbestritten als straffrei galten, wobei besonders der Große-Umsparatrag zu den unglaublichesten Urteilen herhalten muß, es wird auch das Strafmaß in einer früher ungeliebten Weise ausgebahnt. Neuerungen, wie sie im öffentlichen Leben alle Tage fallen, ohne daß die Beherrschten etwas Unstüdiges daran finden, werden, wenn von streitenden Arbeitern sogenannten Streitbrechern gegenüber gehalten, als Beleidigungen oder Drohungen im Sinne des § 188 der Gewerbeordnung verfolgt und mit monatlichen Gefängnisstrafen belegt. Diese rigorose Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen soll dazu dienen, den Terrorismus zurück zu drängen, den von streitenden Arbeitern und deren Führern gegen ihre arbeitslustigen Kollegen geübt wird. In Wirklichkeit ist dieser angebliche Terrorismus, der, wo er geübt, von Niemandem verhöhlt wird, mehr nur Vorwand, erfunden zu dem Zweck, durch dessen Verfolgung den Arbeitern die Benutzung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts zu verbieten.

Werden an Arbeitern - bei Lohnkämpfen schon die unbedeutendsten Handlungen, die oft durch geschreiste Auslegungen zu Vergehen gestempelt werden können, mit den höchsten Strafen bestraft, so wählt das Strafmaß bei ernsthaften Klageurteilungen in's Ungewisse. Das zeigt sich besonders bei dem viel erörterten Löbauer Aufruhrprozeß. Bauarbeiter, die gelegentlich eines Nachhörmarsches etwas stark gezeigt hatten, erfuhrn, daß auf einem Nachbarbau über die festgesetzte Zeit gearbeitet wurde. Die Leute begaben sich nach diesem Bau, woher es infolge Streites mit dem Bauherrn zu Ausschreitungen und Gewaltthärtigkeiten kam. Die ordnungspolitische sächsische Presse machte über den Vorfall ein ungeheures Geschrei und beschrie die sozialdemokratische Partei für denselben verantwortlich zu machen. Obwohl auch nicht der Schein eines Beweises dafür erbracht werden konnte, daß der Krawall mit der Sozialdemokratie in irgend einem Zusammenhang stand - mehrere der Angeklagten gehörten weder einer politischen noch gewerkschaftlichen Organisation an - so übte die Hetze doch ihre Wirkung. Die Dresdner Geschworenen erkannten auf schweren Landfriedensbruch und die Richter erkannten gegen sieben Angeklagte auf Buchhausstrafen von 6-10 Jahren, insgesamt auf 58 Jahre, und gegen zwei weitere Angeklagte auf je 4 Jahre Gefängnis. Einhundertzwanzig Jahre Buchhaus und Gefängnis hängt über neun Arbeitern für Handlungen, die mag sie auch noch so sehr verurtheilt, in ihren Folgen sich kaum fühlbar zeigten, wie so mancher Studentenkrawall der letzten Jahre, bei dem die beherrschten Herren Bourgeoisiehänden meist mit Geld oder geringen Haftstrafen davon kamen. Beim Jahre Buchhaus wurden den Hauptangellagten zuerst damit basirt, daß er als Teilnehmer an einem Komplot dem Bauherrn, der mit einem allerdings blind geladenen Revolver nach den Arbeitern geschossen hatte, Bekleidungen belästigte, die diese nur wenige Tage an's Bett fesseln, ohne dauernden Schaden zu verursachen.

Dieses furchtbare harte Urteil hat ungeheure Aufregung innerhalb der Arbeiterschaft und darüber hinaus auch in den bürgerlichen Kreisen herverufen, wo humaner Sinn und Gefühl für Gerechtigkeit auch der arbeitenden Klassie gegenüber noch nicht vollständig verloren gegangen ist.

Der Parteivorstand erließ angeblich des furchtbaren Glends, in das die Ungehörigen der Verurteilten verfetzt wurden, einen Aufruf zur Sammlung für die Frauen und Kinder derselben. In unserer Presse wurde darauf hingewiesen, daß der Vorgang, wegen dessen das harte Urteil ergangen ist, garnicht mit der Sozialdemokratie wie überhaupt mit der Arbeiterbewegung zu thun habe. Im Gegenteil, gerade dadurch unterscheiden sich die organisierten Arbeiter von jenen, die den Organisationsfeinden stehen, daß sie wissen, daß mit Krawallen, Putschern und ähnlichen Gewaltmitteln für die Arbeiter nichts zu erzielen ist, und daß solche Vorgänge den Gegnern der Arbeiterbewegung in der Regel nur den willkommenen Vorwand geben, ihrem verhältnissen Groß die Blüte schließen zu lassen.

Wenn trotz des Mangels irgendwelchen Zusammenhanges des Krawalls mit der Arbeiterbewegung der Parteivorstand sich zu seinem Aufruf entschloß, so geschah es um der öffentlichen Thatsache willen, daß der Wahrspruch der Geschworenen und das Urteil der Richter sich nicht aus der Schwere des abgeurteilten Thatsatzes erklären lassen. Die in unserer Bourgeoisiekreis - und zwar in Sachen noch mehr als anderwärts - verbreitete Abneigung und Vorurtheile gegen die moderne Arbeiterbewegung vermögen die aus diesen Kreisen stammenden Richter und Geschworenen auch nicht abzustreifen, wenn sie sich auf den Richterstuhl legen. So erscheinen ihnen Handlungen, von denen sie annehmen, daß sie mit der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie zusammenhängen, besonders verwerthlich und strafbar. So wird auch das Löbauer Urteil nur erklärlich im Zusammenhang mit dem gewaltigen Klassenkampf, der zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den modernen Kulturstädten ausgetragen wird. In diesem Sinne erscheinen auch die Löbauer Verurteilten als Opfer des Klassenkampfes, und deshalb glaubte der Parteivorstand, nur seine Pflicht zu erfüllen, wenn er durch den Aufruf von den Angehörigen der Verurteilten die schlimmsten materiellen Sorgen abzuwenden suchte.

Dieses Ziel ist erreicht worden. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde durch die Sammlung, zu der aus allen Kreisen des In- und Auslandes, sogar auch von alten Freunden, Beiträge geleistet wurden, eine Summe aufgebracht, mit der der angeforderte Zweck ausreichend befriedigt werden kann. Am 6. Februar 1899 erfolgte die erste Veröffentlichung des Aufrufs, und schon am 18. März konnte der Parteivorstand die Sammlung für geschlossen erklären. **M. 88 047** waren in den fünf Wochen nach der Veröffentlichung des Aufrufs bei den Parkettstreichen eingegangen. Zu dieser Summe kommen noch **M. 16 000**, welche für denselben Zweck gesammelt, aber später eingesandt wurden. Wenn man bedenkt, daß diese Summe zum weltweit größten Theile von armen Arbeitern aufgebracht ist, so stellt die Sammlung dem Opferamt und Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft ein glänzendes Zeugnis aus. Ob man in den nachgebenden Kreisen Sachsen die durch die Sammlung für die Opfer des bürgerlichen Geschworenengerichts von dem deutschen Proletariat gegebene Antwort verstanden hat, wissen wir nicht. Offiziell hat man die Sammlung nur infolge Klasserkameradschaft geschaut, als man die sammelnden Arbeiter oder die Blätter, die den Aufruf abgedruckt hatten, mit Strafverschüssen wegen unerlaubten Kollaborations bestrafe.

Das das Löbauer Urteil von unserem Abgeordneten im Reichstag zur Sprache gebracht wurde, war selbstdienstlich. Außer dem unermüdlichen Freiherrn v. Stumm fand sich unter den Abgeordneten kein Verhöhligter für dasselbe. Dagegen gab der Vertreter der sächsischen Regierung im Bundesrat natürlich ein Staatsamt - die charakteristische Erklärung ab, daß die Heer die armen Verführten zwar auf Jahre in's Buchhaus bringen könnten, daß aber ihr Einfluß nicht so weit reicht, den Verurteilten die Thüren des Buchhauses auch nur um eine Werkstatt und ein Atelier zu öffnen, als es von Rechts wegen zu geschehen hat.

Hier wird also vom Regierungsvorsteher offen angegeben, daß bei dem furchtbaren Urteil die vorherrschende sozialdemokratische Bewegung von maßgebendem Einfluß war.

Die weiteren Mitteilungen des Berichts betreffen u. a. dann die Agitation für die Partei. Sie wurde auch im letzten Jahre mit unermüdlichem Eifer von den Genossen allerwärts fortgeführt. Woar wurden die alten Mittel der Gegner, und insbesondere der Agitation zu Klären, seit den letzten Reichstagswahlen in verhältnißiger Weise in Anwendung gebracht. Ungeheiliche Versammlungsverbote, Auflösungen von Versammlungen ohne jeden hinreichenden Grund, Abschaltung von Versammlungslokalen, Militärboykott und Verweigerung der Tanzeraubmärsche gegen solche Lokalbesitzer, die ihre Türe zu Arbeiterversammlungen hergeben, und im westlichen Städtenbereich auch die Schanzperre während der Zeit der Versammlungen, das ist eine kleine Mustersammlung der Hilfsmittel, deren sich Behördens und Bourgeoisie bekleidet, um das gesetzlich gewährleistete Vereins- und Versammlungsrecht für die Klassenbewußten Arbeiter zu einem leeren Stück Papier zu machen. Wo aber die Arbeiter den gegen sie gelöbten Druck damit beantworten, daß sie nur ihrerseits die Türe, in denen man sie als Versammlungsbesucher nicht haben will, meiden, die Türe boykottieren, da wird diese Wollwehr der Arbeiter von Polizei und Staatsanwaltschaft als großer Unrat verfolgt und von den Gerichten mit empfindlichen Haftstrafen geahndet. Der Boykott, aus politischer Unterdrückungsabsicht gegen die Arbeiter angewendet, ist in den Augen aller Staatsfürsten ein wohlgefäßiges Werk. Über der Boykott, von den Arbeitern aus Wollwehr zur Vertheidigung ihrer politischen Wege angewendet, ist — grober Unrat.

Die 1. Mai-Demonstration, an der sich auch im letzten Jahre die gesammte Klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft beteiligte, ist fast überall ganz zu verlaufen. In zahllosen Versammlungen am Vormittag des 1. Mai oder, wo solches nicht möglich war, am Abend dieses Tages, wurde die Bedeutung deselben für das kämpfende Proletariat dargelegt und entsprechende Resolutionen angenommen. Einige Unternehmer in der Möbel- und Holzbranche - besonders in Berlin und Leipzig - sperrten ihre Arbeiter, die am 1. Mai die Arbeit rüben ließen, aus. Der Mangel an Erfahrungskräften und der brüderliche Geschäftsgang beherrschte die Herren über bald eines Besseren, und sie waren froh, als die Ausgesperrten wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. Daneben fehlte es aber auch nicht an verständigen Unternehmern, die den Arbeitern den ganzen oder doch einen halben Tag aus eigenem Entschluß frei gaben. Auf alle Fälle hat der Verlauf der Mai-Demonstration auch dieses Jahr wieder bewiesen, daß der Gedanke des Maifeier unausrottbar in die Herzen der klassenbewußten Arbeiter eingegraben ist.

Der Kassenabschluß des letzten Rechnungsjahrs kann als ein durchaus guter bezeichnet werden. Die Einnahmen sind gegen das Vorjahr gestiegen, während die Ausgaben, die im Vorjahr infolge der Reichstagswahl besonders hoch waren, um **M. 100 000** in runder Summe niedriger sind. Es kommt daher auch dem Reservefonds ein Betrag zugeschlagen werden, der über die im vorjährigen entnommene Summe beträchtlich hinausgeht.

Gestiegen sind gegen das Vorjahr die Ausgaben für Unterstützungen, Prozeß- und Gefängnisosten, Allgemeine Agitation, Reichstagosten, Preishinterstützungen und Darlehen. Niedriger

gegen das Vorjahr sind die Ausgaben für Wahlagitierung, Ge hälfte und Verwaltung und diverse Zwecke.

Die Einnahmen betragen **M. 846 712**, die Ausgaben **M. 243 207**.

Das Strafrecht der Partei weist im letzten Jahre wiederum eine Steigerung an Gefängnis- und Geldstrafen auf. Diese Steigerung ist hauptsächlich eine Folge der aus Anlaß der Deinhauseiner Niederlage erfolgten viel strengeren Verfolgung und Bestrafung aller Handlungen aus dem Lohnkampf der Arbeiter, die sich irgendwie strafrechtlich fassen ließen. Manche Polizeibehörden und Gerichtshöfe scheinen es förmlich darauf abgesehen zu haben, zu beweisen, daß es auch ohne Buchhaus gesetzt geht, die in Deinhause proklamierten Zwecke zu erreichen. Es sind nach den Aufstellungen des Parteivorstandes im letzten Jahre zusammen **74 Jahre Gefängnis** und **M. 28 251** Geldbuße verhängt worden.

Außer diesen infolge polizeilicher oder gewerkschaftlicher Täglichkeit in der Arbeiterbewegung erkannten Strafen wird noch an die **50 Jahre Buchhaus** und **8 Jahre Gefängnis** gegen die Löbauer Verurteilten, sowie die **25 Jahre und 9 Monate, 2 Wochen und 8 Tage Gefängnis** erinnert, welche bis zum Beipunkt des Abschlusses des Berichtes aus Anlaß der Streikunruhen in Herne gegen eine Anzahl Teilnehmer erkannt wurden. Hatten die Vorgänge in Löbtau und Herne auch direkt nichts mit der Klassenbewußten Arbeiterschaft zu thun, so finden die ungemein harten Urteile doch nur ihre Erklärung in den Stellung und Beurteilung der bürgerlichen Gerichte gegenüber der modernen Arbeiterbewegung.

Leipziger Gewerkschaftskartell contra Buchdrucker-Verband.

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Unter dieser Überschrift und unter dem Korrespondenzzeichen —ow, ist in Nr. 89 des "Grundstein" ein Artikel veröffentlicht, der, trotzdem derselbe in einer Nachschrift etwas abgemildert ist, nach unserer Überzeugung nicht gerade fördernd auf unsere Organisation einwirkt, und zwar deshalb nicht, weil es denselben an völlige Objektivität mangelt. Wir fragen uns, worum als nicht direkt Beherrschte diese Erhöhung? Über spielt hier eine Aktion der Generalkommission mit? Solle dies der Fall sein, so wäre der Fehler, solche Artikel in unserer Fachzeitung abzudrucken, noch größer; denn wenn die Generalkommission ihr kategorisches Nein aussprechen will, so thut sie schon besser, sie gebe sich an Ort und Stelle, wie sie es zum Beispiel bei Gelegenheit des vom Nationalsozialisten Lischendorf geleiteten Lithographen Kongress gegenüber der Spezialorganisation des Lithographen in so "delehrnder" Weise und zum Segen der deutschen Gewerkschaftsbewegung gelassen hat.

Wir sprechen es ruhig aus: Solche Artikel, veröffentlich in einem nicht direkt am Streit beteiligten Fachblatt, können nur dazu beitragen, daß die alte, auf jeden organisierten Arbeiter wohlbekannt wirkende Einigkeit innerhalb unserer Gewerkschaft zwischen einem Theile derselben, in diesem Falle zwischen den Leipziger Kollegen und der Nebabteilung des "Grundstein" gelöst wird. Ober sollen sich die Leipziger Maurer, die doch einen Theil des Leipziger Kartells ausmachen, von einem nur einzig unterrichteten Artikelbeschreiber in ihrem Fachblatt in dieser Weise gegenüber ihren deutschen Kollegen lächerlich machen lassen? Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns übrigens die Frage: Wie kommt es denn, daß auf Grund des im "Correspondent für Deutschlands Buchdrucker" angesetzten Lamento von allen größeren Gewerkschaftsfätern bis jetzt nur das unselige aus der Reserve herausgetreten und auf den Leim des Herrn Meixhäuser gegangen ist? Nach unserer Ansicht erhalten sich die übrigen Blätter deshalb reserviert, weil dieselben noch Takt genug besitzen, der sie davon abhält, den Streit zwischen den Buchdruckern und dem Leipziger Kartell in's eigene Lager zu tragen.

Nachdem der "Grundstein" dem Leipziger Gewerkschaftskartell den Text gelesen und sich in dem Glauben wiegt, daß diese Rücksicht gebrodet und abgehn zu haben, müssen wir uns doch erlauben, unseren deutschen Kollegen gegenüber auch unser Urteil über das Kartell abzugeben. Man wird uns, die wir seit länger als 15 Jahren durch das Vertrauen der Leipziger Maurer mit zur Leitung ihrer Bewegung berufen sind, wohl ein Urteil zutrauen. Wir sagen: Wenn die örtlichen Kartelle der Gewerkschaften überhaupt noch Zweck haben, so ist das Leipziger Kartell vielleicht noch eines von den wenigen in Deutschland; von dem man nur wünschen kann, daß sie erhalten bleiben; denn dasselbe hat nach verschiedenen Richtungen noch einen bestimmten Einfluß.

Wir wollen die einzelnen Leistungen derselben nicht aufführen, aber wir meinen: Mit dem Einfluß, den das Kartell tatsächlich noch immer besitzt, ist seine Existenzberechtigung befeiligt. Gewiß ist das Leipziger Gewerkschaftskartell nicht fehlerfrei. Wir gestehen auch zu, daß wir den Beschluss betrifft der Buchdrucker wenigstens in seiner Form nicht für korrekt halten, aber wir wollen hierdurch feststellen, daß bei Fassung dieses Beschlusses, ganz abgesehen von diesem ungünstigen Tarif, der es mit sich bringt mußte, daß im Buchdruckergewerbe an eine Verkürzung der Arbeitszeit in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann, so viel andere Momente mitgesprochen haben, daß dasselbe seine Erklärung findet.

Wenn man bedenkt, was die Leipziger Buchdrucker Jahre lang an der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, und an der Leipziger Maurerbewegung im Besonderen, glaubten verlieren zu können, so sind solche Befürchtungen ganz natürlich. Schon der 9. Buchdruckertreit brachte es mit sich, daß die Sympathien für die Buchdrucker nach und nach verloren gingen. Die Unterstüzung war damals so hoch bemessen, daß man sich bei allerhand Läunen und anderen Vergnügungen fast täglich amüsierte; dazu kam noch, daß die Buchdrucker für Verbreitung ihrer eigenen Streikflugschriften besondere Vergütung verlangten; in der damaligen Zeit fiel ja im Kartell auch der aristokratische Auspruch: Unsere Buchdrucker müssen eben höhere Streikunterstützung haben, denn sie befinden sich in höherer Sphäre des Lebens, als z. B. die Maurer, die doch an den Hunger gewöhnt sind.

Doch diese und ähnliche Dinge deprimirend auf die Solidarität der proletarischen Arbeiter einwirken müssen, wird für jeden vernünftigen Organisator vollständig klar sein. Das die Leipziger Maurer diesen Leuten damals, trotz dieser möglichen Streikführung, bei Eintritt der Ebbe ihr ganzes Vermögen leidweise zur Verfügung gestellt, und das man uns dafür, daß diese Leute entgegen unserem Rathe, die das Gelb repräsentierenden Staatspapiere lobschwärzten und dafür natürlich Wucherzinsen zahlten müssten, mit allerhand böswilligen Verdächtigungen überschütteten, sei nur nebenbei erwähnt. Ferner sei der, der Redaktion des "Grundstein" sehr bekannte Thatsache gedacht, daß es der Verbrauensmann, der Leipziger Buchdrucker war, der beim 1897er Mäurerstreit seine Kollegen öffentlich auforderte, die Maurer in ihrem Kampf nicht zu unterstützen.

Hat sich denn die Solidarität dieser "Klassenbewohner" selber gehoben? Nein! Denn auch den Formern hat man in ihrem gegenwärtigen Kampfe jede Unterstützung verweigert. Und bei den Formern kommt dieser ungünstige "Kartellstreit" um so weniger in Frage, als dieselben zur Hälfte im Metallarbeiterverband organisiert und als solche im Kartell nicht vertreten sind. Zum Übersturz sei noch erwähnt, daß die Buchdrucker im Jahre 1898 einen förmlichen Vertrag, gegen die "Leipziger Volkszeitung" organisierten, und daß dieselben in puncto Losalkfrage auf dem Standpunkt stehn, daß die Losale, die den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung gestellt werden, trocken sehr schone, der Neuzelt entsprechende darunter sind, sich für die Herren Buchdrucker nicht eignen; es muß eben der Kristallpalast sein, ein Losal, das als Zirkus und Variété wohl dem allgemeinen Publikum, im sogenannten Verlede aber der Kritiktheate und als Versammlungslosal außer den Buchdruckern nur noch dem konservativ-nationalliberalen antisemitischen Klüngel zur Verfügung steht.

So! Nun mögen die Kollegen urtheilen, ob es richtig ist, daß sich unsere Redaktion zum Schleppenträger von Leuten macht, die Alles in den Kofl zerren, was sich nicht beugt vor dieser "allein sinnmachenen Tarifgemeinschaft". Da der Artikel-schreiber aus seinem letzten Satze seine helle Freude über den Ausschluß der oppositionellen Buchdrucker, welche überwiegend nicht sechs, sondern nur zwei an Zahl sind, schon heute deutlich läßt, so glauben wir ihm schon jetzt versichern zu können, daß die Partie für die große Mehrzahl der Leipziger Arbeiterschaft so steht, daß sie für die, zumeist als alte, thätige und brave Parteigenossen bekannten oppositionellen Buchdrucker immer einen Platz in ihrer Bewegung hat.

Wenn die Redaktion den guten Rath annähmen wollte, und wußte in Zukunft den von ihr selbst vorgelagten Raummangel dadurch abzuwandeln suchen, daß sie solchen Unfrieden stiftenden Artikeln, wie der unter -ow-, die Aufnahme verweigert, so würde sie uns zu Dank verpflichtet. Beher. Jacob.

* * *

An den letzten Satz anknüpfend, bemerkten wir, daß wir unter sohnen Illustrierten darauf verzichten müssen, uns den Dank als der Vorderer der Leipziger Maurerbewegung auch von uns gefälligen Genossen Beher und Jacob zu erwerben. Wir erklären ferner, daß wir den Krieg zwischen den Buchdruckern und dem Leipziger Gewerkschaftskartell für eine höchst wichtige gewerkschaftliche Angelegenheit halten, zu der jedes Gewerkschaftsblatt nothwendige Stellung nehumen muß. Der -ow-Artikel wäre auch schon längst im "Grundstein" veröffentlicht worden, wenn wir nicht bisher gesagt hätten, die leibige Angelegenheit würde auf Intervention der General-Kommission beigelegt werden und wenn wir nicht — wie es leider für die meisten Nummern des "Grundstein" der Fall ist — des Raummangels wegen gewonnen wären, betreffs der allgemeinen Gewerkschaftspolitik uns große Reserve aufzuerlegen. Damit dürfte wohl die Insinuation des "auf dem Reim locken" durch den "Correspondent" hinfällig sein.

Der -ow-Artikel hat jedoch überauslich die volle Billigung der Redaktion des "Grundstein" gefunden; unseres Wissens wird in dem Artikel die ganze Angelegenheit in ihren Strichen wahrheitsgetreu dargestellt. Und wir haben vermeint, des Glaubens leben zu dürfen, daß unsere Leher, die Mitglieder des Maurerverbands, ein Recht darauf haben, auch in dem vorliegenden Falle die Wahrheit zu erfahren. Sollten wir dadurch, daß wir der Wahrheit zum Wort verholfen haben, das Misfallen der Maurer Leipzigs erregt haben, so würde uns das allerdings recht unangenehm sein, dies Misfallen kann uns

aber doch nicht abhalten, auch ferner für Recht und Wahrheit einzutreten.

Daß die Leipziger Buchdrucker 1897 die Maurer und jetzt die Formen nicht untersicht haben, daß sie im "Kristallpalast" verlehen und gegen die "Vollszug" gekehrt haben, sind dem -ow-Artikel alles bekannte Thatsachen. Diese Umstände sind ja auch im zweiten Theile des Artikels gewürdiggt worden. Auch wir verurtheilen das Vorgehen der Leipziger Buchdrucker, nicht minder verurtheilen wir aber Dieseljenigen, die die Buchdrucker auf dem Weg getrieben haben. Den Buchdrucker kann man noch mildeste Umstände zulassen für die "Sünden", die sie nach ihrem Abschluß aus dem Kartell gelhan haben — dazu gehört auch die Verfolgung der Unterstüzung im Mäurerstreit 1897. Doch die Buchdrucker waren die Getreuen, das Kartell nicht. Bei dieser Gelegenheit sei uns noch erlaubt, eine Frage an die Genossen Beher und Jacob zu richten: Was würden Sie gehan haben betreffs Streikunterstützung anderer Gewerkschaften, wenn die Maurer von eben diesen anderen Gewerkschaften aus dem Kartell ausgeschlossen worden wären? — Ober kann den Maurern so etwas nicht passieren!!

Die Redaktion.

sucht man solche Sachen immer auf die Arbeiter zu wälzen; so auch hier. Es ging am anderen Morgen das Gericht unter den Arbeitern um, daß Dienstleute, welche an dem Bogen gearbeitet hatten, Feierabend erhalten sollten. Die Maurer waren sich keiner Schuld bewußt, sondern der Unfall kann nur dadurch entstanden sein, daß die Überläger zu wenig belastet waren und der Bogen, dieselben weggedrückt hatte. Um nun nicht fortgejagt zu werden, erklärten sich mehrere Nichtbelastigte solidarisch, und 16 Männer hörten von selbst auf, wozu sie bestraft waren, da Kündigung ausgeschlossen ist. Diesen Ausgang möchte nun der Bauleiter, Herr Maurer und Zimmermeister Mohrenburger, nicht erwartet haben. Er telefonierte darauf an sämtliche Unternehmey, die betreffenden Maurer nicht zu beschäftigen. Später wurde dann das Unternehmen ein Namensverzeichnis zusammestellt mit dem Ergebnis, die darauf Verzeichneten nicht einzutreten resp. sofort wieder zu entlassen. In dem Schreiben hat Herr Mohrenburger auch noch behauptet, die Maurer hätten den Bogen mutwillig eingerissen und seien ihnen frech gegenübergetreten. Dies ist jedoch nicht der Fall. Ganz unparteiische Leute haben gesehen, daß der Bogen in sich zusammengebrochen ist, nachdem die Überläger zu beiden Seiten nachgegeben haben. Außerdem ist festgestellt, daß die Maurer den Auftrag hatten, den Bogen auszuschaffen. Aber das Vor gehen des Mohrenburger hätte Erfolg, denn ein Baumwollmeister hat habsäcklich am anderen Tage zu einem Maurer wiederkäfigt: "Ihr braucht Euch keine Mühe zu geben, Ihr bekommt in Görlitz keine Arbeit. Ich brauche notwendig jenen Maurer, aber ich kann Euch nicht einstellen, denn sonst müßt Ihr 100 Konventionallarasse zahlen. Wenn die Geister zusammenhalten, müssen wir Meister es auch." Wenn also der Arbeiter sich nicht die Knöpfe abschlagen lassen will, so soll er nach der Meldung der Arbeitgeber verhungern. Wir wollen nur noch bemerken, daß hier die Unfälle an der Tagesordnung sind. So passierte es wieder am Sonnabend, den 9. September, daß auf dem Bau des Mäurerstreits Ostwall, Mörsch, Kunzigerstraße, beim Mischen des Dachlüfts, während das Holz gerungen wurde, das Tau zerfiel, welches schon alt ist und mit Windlaben gesättigt war. Einem Arbeiter fiel dabei ein Balken auf den Kopf und Arm, wodurch der Arm gebrochen wurde und er auch am Kopfe schwere Verletzungen erlitt. Es ist dies bei Herrn Mörsch der vierter Unglücksfall während einiger Monate, und dies ist wohl begleichend für das Görlitzer Bauwesen.

* Ein Haussturz in Köln a. Rh. Köln zeichnet sich durch die große Zahl von Hausesinstanzen recht unvorstellbar aus. Am Mittwoch, den 27. September, hat sich dort wieder ein beratiges großes Bauunglück ereignet. Nachmittags gegen 14 Uhr stürzte plötzlich der neu aufgestellte, vier Stockwerke hohe Hinterbau des Hauses Wolfsstraße 10 ein. Der "Rheinischen Zeitung" entnehmen wir darüber Folgendes:

Das Gebäude war vom Architekten Josef Janzen, Baugeschäft in der Spichererstraße, zu Magazin Zwecken errichtet, wobei es befand sich schon unter Dach und Fach und unterlag eben den inneren Verbau- u. d. Arbeiten. Die im Innern des Gebäudes tätigen Bauger., Schüttbedarbeiter und Handlanger — der vorläufigen Feststellung nach 18 an der Zahl — hatten nach der Mittagspause jedoch ihre Arbeit wieder aufgenommen, als ganz unvermutet der Einsturz erfolgte. Das etwa 15 m tiefe Haus fiel in wenigen Augenblicken vollständig in sich zusammen und begrub sämtliche, meist in den oberen Stockwerken tätigen Arbeiter, bis auf einen, den Stukkateur Johann Seiden, der im Keller beschäftigt war und sich mit knapper Noth durch das Fenster retten konnte, unter dem ein Stein, Balken und schweren Eisenträgern gemütheten Trümmer. Es wurde sofort die städtische Berufsseuerwehr und die Polizeiherbeie hinzugezogen. Erstere entnahm schwungvoll einen Wagen mit Rettungsmaßnahmen, dem in den nächsten Minuten zwei weitere folgten. Unter der persönlichen Leitung der Branddirektoren Brüllow und Göbel begannen abalb die Rettungsarbeiten. Nach etwa einer halben Stunde stellte sich man zunächst auf zwei Leichen; es waren die Schüttbedarbeiter Heinrich Christ und Vogel. Der Letztere soll Vater von sechs Kindern sein. Sein zwölftägiger Sohn Johann hatte ihm das Eisen auf den Kopf gebracht und war vom dritten Stockwerk aus mit in die Tiefe gestürzt. Schon gegen vier Uhr zeigte es sich jedoch, daß das Kind lebte, denn es gab auf Anrufe Antwort und konnte sich außerdem durch Klopfen bemerkbar machen. Gegen 4. Uhr gelang es, das Kind herzurüttigen. Es war beim Sturze durch Balken, die sich über den Knaben legten und die nötigsten Schnittstellen aufzögerten, gereift worden. Als es hergeholt wurde, zeigte es nur einige blutende Abschürfungen am Gesicht und Hinterkopf. Der Knabe wurde in's Bürgerhospital gebracht. Als gegen 5 Uhr der Knabe geboren war, hörte man an verschiedenen Stellen der Trümmer, ob sich noch etwa Lebende darunter befänden; da jedoch auf wiederholte Anrufe und auf mehrfaches Klopfen keine Antwort erfolgte, so mußte leider angenommen werden, daß die unter den Trümmermassen liegenden Arbeiter tot waren.

Auf den abgesetzten Strafen spielten sich erschütternde Szenen ab; Frauen, Männer und Kinder rissen wehklagend nach dem Schickal ihrer an dem Unglücksbau betätigten Gatten, Söhne und Vätern. Die Namen der Verstüffelten sind, soweit das festgestellt werden konnte: die Stukkateur A. L. B. e. r., Vater und Sohn, Wilhelm W. und der Handlanger D. o. t., die bei der Firma H. Grünwald Heiden (der Bruder wurde getötet), ferner der Stukkateur B. o. b. e. b. a. d., der erste Parlier und Schuhmacher G. e. u. z. und der Stukkateur Vogel, der Vater des unter den Trümmern herzogezogenen zwölfjährigen Kindes. Unglaubliches Weh hat dieser entsetzliche Unglücksfall wieder über zahlreiche Familien gebracht. Der Sohn eines der Verunglückten, der in Nähern seiner Militärdienst genötigt hat, schrie nach überstandener Dienstzeit in's Elternhaus zurück und hänsie, die Seinen froh und munter wiederzusehen; statt dessen wiede ihm die erschütternde Nachricht von dem plötzlichen jungen Vater zu Thell.

Am Freitag Abend wurden die beiden Leichen auf der Unglücksstätte zu Tage gefredert. Somit hat der Haussturz 12 Menschenleben gefordert.

Über die unheimlichen Ursachen des Einsturzes gab der Polizeibaurath Rüdert in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Bericht:

Der eingeführte Hinterbau ist erst in diesem Jahre, im Februar, begonnen worden, und vor acht Tagen erfolgte die Abnahme d. c. o. b. a. e. s. Bis jetzt hat sich noch nicht feststellen lassen, worin eigentlich die Ursache des Einsturzes besteht. So viel kann aber schon angenommen werden, daß

bei dem Bau Verstoß gegen die Regeln der Baukunst in nicht unerheblichem Maße vorgekommen sind, und zwar solche, die bei der Prüfung und Abnahme noch nicht erkannt werden können, sich vielmehr erst herausstellen. Ob diese Mängel die wirklichen Ursachen darstellen, ist jetzt noch nicht zu sagen, auch nicht einmal, in welchem Zusammenhang sie mit dem Unfall selbst stehen. Erst nach völliger Freilegung des Fundamentes wird sich zeigen, ob die beiden Pfeiler in der Mitte des Hauses, die die sechs Geschosse tragen sollten, richtig fundamenteirt und ob die richtigen Abmessungen innergehalten worden sind. Dagegen muss auf Einschreibungen verzichten: Nach den Plänen sollte eine Mauer neu aufgeführt werden, sie ist aber stehen geblieben, und um sie auf die richtige Stärke zu bringen, hat man ihr einen halben Stein vorgelegt und dies durch alle Geschosse durchgeführt; auch der zweite Pfeiler hat eine Verbindung mit dieser halben Mauer gehabt. Aeußerlich hatte die Mauer das Aussehen einer im richtigen Verbande völlig neu ausgeführten Mauer.

In der weiteren Aussprache wurde von den Stadtverordneten darüber klage geführt, daß oft Leute bauen, die nichts davon verstehen. Es gäbe Fälle, wo nicht einmal Techniker da seien, die sich um den Bau kümmern. Es lege an der Gelehrtheit, daß solche Unglücksfälle vorkommen, denn es fehle die Beurteilung, daß zu solchen Bauten technisch gebildete Leute herangezogen werden müssten. Ein Fehler sei auch, daß die unteren Organe, nämlich Polizeibeamte, nicht nur nicht die nöthige Vorbildung hätten, sondern überhaupt nichts von der Bauaufsicht verstanden.

Eine am Freitag stattliche, sehr zahlreich besuchte Bauhandwerkerfammlung sprach sich ähnlich über die Ursachen des Unglücks aus. Nach dem Bauchlitzt in der Apostelstraße hatten die Bauhandwerker bereits bei der Behörde die Forderung gestellt, statt Militäranwärter gesetzte Bauhandwerker bei der Bauaufsicht zu verwenden. Wenn dem damaligen Erstschreiber entsprochen worden wäre, hätte man vielleicht das schweige Unglück verhindern können, denn jeder Fachmann wisse, daß an die alte Mauer angelehnt, 28 m hohe, 12 cm dicke neue Mauer, die ohne Verbindung mit der alten Mauer aufgeführt wurde, nicht im Stande gewesen sei, die schweren Träger und Balkenlager zu tragen. Außerdem seien die Grundpfeiler zu schwach und der Grund zu soft gewesen. Ein Redner erklärte, daß auch ein Neubau an der Kasparstraße einzuführen drohe. Der Bogen sei bereits 10 cm durchgebaut und die entstandenen Risse künftig verloren werden. Schließlich beschloß die Fammlung die Abfassung einer Resolution, in welcher die Einführung eines Bauarbeiterabstiegs für die Bauhandwerker gefordert wird. Weiter wird verlangt, daß die Bauaufsicht von einem künstlerisch gebildeten Kommissionen eingesetzt werde.

Erwähnenswert ist noch, daß der Obermeister der Zimmerinnung sich an das Streitkomitee der Zimmerleute um Zuteilung einer Anzahl Gesellen zu den nöthigen Abhängigkeitsarbeiten gewandt hatte. Das Comite erklärte sich ungern hierzu sofort bereit. In kürzerer Zeit rückten 30 ausgeschickte zulässige Gesellen mit ihren Werkzeugen zur Unglücksstätte ab. Das haben wir nicht anders erwartet. Ebenso natürlich sollte es aber doch auch sein, daß die „Röthliche Zeitung“, die ganz genau registriert, wenn die einzelnen städtischen und staatlichen Beamten auf der Unglücksstätte erschienen, von dieser Thatsache nichts genommen hätte. Wohl gesehen, sie schweigt sich darüber aus. Das wäre ja auch nicht gelegen, die Streitenden zu schädigen.

* **Milde Strafe.** Am 25. Mai d. J. ereignete sich in Bochum ein betrüblicher Unglücksfall, den zwei blühende Menschenleben zum Opfer fielen. Am 23. September hatte nun dieser Baumfall sein Nachspiel vor dem Gericht. Auf der Anklagebank lag der Maurermutter Fritz Korte, er hatte sich wegen schrecklicher Tötung zu verantworten. Der Kaufmann Paul Wallenberger beabsichtigte, die auf seinem Grundstück vorhandene Mauer verändern zu lassen und hatte dem Angestellten die Maurerarbeiten übertragen. Auch die Ausfachungsarbeiten ließ Angestellter durch seine Arbeiter ausführen; er behauptet, er habe den Wallenberger die Arbeiter nur als Gesälligkeit zur Verfügung gestellt, die er nicht habe die Verantwortung gehabt. Der Sachverständige ist folgender: Als der Handlanger August Michelis und der jugendliche Maurerlehrling Josef Klapproth an der gefährlichen Stelle beim Ausfachungen beobachtigt waren, löste sich plötzlich ein Stück der Wand, weil sie nicht abgesteift war, und begrub die beiden unter den Trümmern, wo sie später als Leichen herbeigezogen wurden. Nach den baupolizeilichen Bestimmungen, sowie nach dem Gutachten eines Sachverständigen, war Angestellter verpflichtet, die stehende Mauer abzusteifen, bevor die Unterminierung erfolgte, wodurch das Unglück vermieden worden wäre. Da dieses nicht geschehen war, so hatte auch Angestellter die Verantwortung zu tragen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, jedoch hielt der Gerichtshof eine solche von 3 Wochen für angemessen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Ausgesperrt sind die Verbandskollegen in Alzen und Pyritz in Pommern.

Im Streik befinden sich die Maurer in Berlin (Kreuz und Rabitzpuser), Minden i. W., Kolberg, Norderney, Offenbach a. M., Hanau und Betschin.

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Lampé, Rechter und Brinkmann im Baubüro Langenfelde-Stellingen-Eidelstedt-Lokstedt, Bismarck und Seeger in Neuholle, Große & Sohn in Fürstenberg a. d. O., Postneubau in Oldenburg im Großherzogthum, Vinckeb in Herford, Reisch und Gebr. Eder (Postneubau) in Speyer, Kaune in Hamburg, Berger in Hildburghausen, Herm. Küster in Gollnow, Gröbler, Rosenthal, Ausmeyer und Kleint in Braunschweig, Lank, Kumm, Fäld und Wandrey in Podejach, Lünne in Torgelow, Menze in Röwwes-Neuendorf, Stiedens aus Stargard in Stettin (Amtsgerichtsgebäude) und Grupe in Stafffurt.

Zugang ist weiterhin fern zu halten von Dresden und Köln a. Rh.

Überhaupt keine dem Verbande angehörenden Gesellen einzutreten. Nur, wie es den Herren beliebt! Die Maurer werden den Kampf aufnehmen.

Im Staatsamt ist die Sperre über die Bauten des Unternehmers Grupe verhängt. Grupe hat entgegen den Verhandlungen einige Gesellen, die bei ihm im Allord fingen, nicht den Lohn von 4 ausbezahlt, obwohl dieser Lohn auch bei jeder Allordarbeit garantiert worden ist. Als dann zwölf Maurer die Arbeit niedergelegt, gab zwar Grupe die Sicherung, den Betrag des Lohnes nachzuzahlen, aber einer der Gesellen sollte nicht wieder anfangen dürfen. Da es hierüber zu einer Einigung nicht kam, verblieb es bei der Arbeitsentstehung und Sperrung.

Von Norderney sind in der vorigen Woche 18 Streitende abgereist, auf der Insel verblieben noch 14. 10 Streitbrecher verbleiben bei der Arbeit.

In Minden hat sich die Situation nicht geändert. Einige dem Bunde angehörige Unternehmer würden bewilligen, wenn sie nicht gar so fest an den Bunde gebunden wären. Diese Herren haben beim Bundesvorstand auch beantragt, daß dieser eine Sitzung zwecks Verständigung mit der Lohnkommission anberaumt möge. In der vorigen Woche ist es aber zu dieser Verständigungssitzung nicht gekommen, obgleich mehrere Unternehmer das Bündnis auf, den Magen brennt. Nur, die Streitenden können es anhalten und werden den Streik auch eventuell im nächsten Frühjahr forsetzen.

Aus Offenbach und Hanau ist Neues nicht zu melden. Wenn die Arbeit in Frankfurt erneut wieder richtig im Gange ist, dürften aber auch die Unternehmer in den beiden Nachbarorten willkfärliger werden.

Stukkateure.

Die Kollegen Deutschlands werden erucht, den Zugang von Berlin fern zu halten. Der Vorstand der dortigen Filiale schreibt: Alljährlich, vom Juni bis September, haben wir hier städtische Zeiten, in der gewöhnlich die Hälfte der Kollegen ohne Arbeit ist. In diesem Jahre ist aber die Arbeitslosigkeit besonders groß. Denn einmal sind die Herbstbauten infolge des Maurerstreiks später fertig geworden und als unsere Arbeit beginnen sollte, brach der Winterstreich aus. Zweie Drittel der Stukkateure sind arbeitslos, und ist es nicht absurd, wenn die Arbeit wieder beginnen wird. Darum halten den Zugang fern!

* Zum Zimmererstreik in Köln wird uns berichtet, daß die Einigungsbefindungen vor dem Gewerbege richt geschafft sind. Der Verbandsvorsitzende des Unternehmers, das bis zum 1. Januar 1890 die Zimmerleute einen Stundenlohn von 48 & und vom 1. Januar 1900 bis 1. April 1901 50 & erhalten sollten. Auch das Gewerbege richt hatte Vermittelungsvorschläge gemacht, die sämmtlich abgelehnt wurden. Die Zimmerleute verharren im Streik.

Streikprozesse.

In Dresden regnet es Streikprozesse. Der Maurerstreik erfordert viele Opfer. Am Dienstag, den 19. September, hielten sich wiederum drei Maurer auf einmal vor der Strafanwaltschaft des Herrn Fromhold zu verantworten. Eine städtische Anklage hatte man den Maurern Robert Dorn, Wenzel Kara und Alexander Walter zugebracht. Demnach sollten sie gemeinschaftlich Hausfriedensbruch, Mord, Entführung, Bedrohung, Erfreulichung, Besiegung, und wer weiß was sonst noch, begangen haben. Dieser freilebige Berg von einer Anklage gab schließlich trotz eines Aufgebotes von sechs Belastungsgesellen nur einen Mäuschen.

Der Vorgang, um den es sich handelt, spielte sich am 3. Juli vor dem Schreiberlichen Neubau in der Marienstraße zum Theil auch in der in ihrer Mäßigkeit beispiellosen Meissnerischen Restauration ab. Die Angeklagten kamen an diesem Tage Vormittags dahin; es sollten auch noch mehrere Streitende in der Nähe gewesen sein. Dorn holt vor dem Streit auf diesem Platz gearbeitet und holt an diesem Tage sein Werkzeug ab. Er wieso wurde nun vor Gericht folgendes: Dorn ist mit dem Barlier in einen Wortschlag geraten und hat diesen dabei „dummes Luder, Laufzunge, dicker Schwein“ genannt. Es handelt sich dabei teilsweise um ein Streitvergehen, sondern um eine einfache Beleidigung, wie sie alltäglich vorkommen, und wenn es zur Klage kommt, in der Regel mit geringen Geldstrafen geahndet werden. Dorn bekam aber lediglich wegen dieser Schimpfworte vier Monate Gefängnis.

Nun kommt Kara. Er ist Esche und soll in der erwähnten Restauration, wohin die Arbeitswilligen frühstücken gegangen waren, auf höflich zu zweien seiner arbeitswilligen Landsleute, den Büdern Bonifacius – die beiden traten schon in einem anderen Streikprozess als Belastungsgesellen auf – gewährt haben: „Wenn ich heute oder morgen wieder Maurer zur Arbeit nach dem Bause gehen sehe, denen schlage ich die Knöchel ein.“ Hierin erblickte das Gericht, da einige Maurer wirklich einen halben Tag nicht gearbeitet hatten, das Delikt der Mordabsicht. Beide gab es drei Monate Gefängnis.

Beim dritten Angeklagten endlich, bei Walter, handelt es sich auch nur um eine einfache Beleidigung, und zwar soll W. im Verlaufe des Streites „Lump, Bagabum, Buchhausbuber“ geschimpft haben, und zwar den Biegelträger Kara. W. wurde besteuert zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Also wegen Doppelten, denn weiter liegt thathaftlich nichts vor, neun Monate Gefängnis! Dabei waren zwei der Angeklagten völlig unbescholten und einer nur ganz gering vorbestraft. Sechs Wochen wurden einem jeden auf die existente Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. Die Sache ist um so schlimmer, weil es sich um drei Familienältere handelt.

In einem anderen Falle wurde ein Streitender zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der 24 Jahre alte, lebige Maurer Joseph Gölß haftete sich wegen verächtlicher Höfligkeit und Beleidigung, angeblich begangen gegenüber den politisch arbeitswilligen Maurern Marcus, Wascha und Hünnig (2), vor der 3. Strafanwaltschaft, G. hat selbst „seinen Augenblick gestreift“, wie er gewissermaßen zu seiner Entschuldigung und Beleidigung anfuhrte, da dort, wo er arbeitet, die Forderungen sofort bewilligt wurden. Der Auftrag zu Grunde liegende Vorgang trug sich am 11. Juli, Abends nach 6 Uhr, zu, als G. und auch die auf dem Bau

70 & Stundenlohn zu verlangen, den sie, die Gipser, sich in einem kurzen, aber "energischen" Kampfe errungen. Man könne dem Maurer nicht verbieten, Gipserarbeit zu machen, weil es Maurermestre fertig gestellt würde und die Kollegen die Wände bis zur Decke gleich mit putzen, sei es schwer, zu unterscheiden, wo die Kollegen 70- und wo sie 60 & zu verlangen hätten. Auch würde die Gipserarbeit durch Gipser fertiggestellt, billiger fertig, wenn sie von einem Gipser für 70 & als von einem Maurer für 60 & gemacht würde, weil die Gipser nur diese eine Handwerksteile verrichten. Anders sei es, wenn die Maurer bei einem Gipsermeister in Arbeit treten; da verstände es sich von selbst, dass die Kollegen 70 & Stundenlohn verlangen müssen. Auch sei es selbstverständlich, dass Maurer dort keine Gipserarbeit machen dürfen, wo Differenzen zwischen den Gipsern und deren Unterstehenden ausgetragen seien. Es habe nun eine Sitzung der Verwaltung mit der Lohnkommission der Gipser stattgefunden, in der die Verwaltung der Lohnkommission der Gipser das Versprechen gegeben habe, die Angelegenheit unserer bestehenden Lohnkommission zu unterstellen und das Defizit der Verhandlung der Vergangenheit vorzulegen. Die Lohnkommission mit der Verwaltung untertrat der Versammlung nun folgende Resolution: "Die heute, am 28. September, tagende Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, hat von dem Antrage der Lohnkommission der Gipser und Stuckateure Kenntnis genommen und spricht sich ganz entschieden dagegen aus, dass für Gipsputzarbeiten ein besonderer Stundenlohn in unserem Lohntarif festgesetzt wird. Die Versammlung berichtet vielmehr den Standpunkt, dass möglichst ein einheitlicher Lohn für sämtliche in unserem Gewerbe vorkommenden Arbeiten (einheitlich) der Gipserarbeiten) gezahlt wird. Doch wird es als selbstverständlich erachtet, dass, wenn Mitglieder unserer Zahlstelle bei Unternehmern vor nur Gipserarbeiten in Arbeit treten, sie sich unbedingt nach dem Lohntarif, wie er von der Gewerkschaft der Gipser aufgestellt, richten müssten." Nachdem Markt und Harktviertel im selben Sinne geschlossen, wobei die Resolution einstimmig angenommen wurde, betreifte der Wohlstande, die sich bei den Plattenanlegern eingebürgert, es noch über das Meyer'sche Geschäft zu bemerken, dass die Frau des beglaubigten Kollegen auf das Comptoir des Meier gegangen ist und gefragt hat, wie es mit dem Wochenlohn ihres Mannes stände. Sie könne es garnicht verstehen, dass ihr Mann ohne Geld nach Hause käme, sie sei vollständig mittellos. Aber Meier wünschte dann, er sagte zu der Frau: "Ich bin mit der Qualität Ihres Mannes vollständig zufrieden, aber er hat nicht genug gemacht. Sagen Sie Ihrem Manne, er solle ruhig wieder auf die Arbeit gehen, aber seinen Kollegen nichts davon sagen. Vom Sonnabend ab kann er für dieses Mal leider nicht mehr erhalten. Er, Meier, wolle aber ihrem Manne jeden Abend 7 geben, dann würde sie sich über diese Woche schon hinwegsetzen." Als dieser Kollege am anderen Tage seinen Entlassungsschein haben wollte, um seine Ausbildungskarte in Ordnung zu machen, sagte Meier: "Aber, ich bitte, Sie sind doch selbstständig!" (Große Heiterkeit.) Im Gegenzug zu dem Meier'schen Geschäft, wo jeder Kollege sich arbeitet, ist bei Hahnstein die Kolonialwaren Mode. Dort wird ein Parteiführer gewählt und der Übertritt allmonatlich verholt. Dort sei am letzten Freitag einem in Eppendorf arbeitenden Kollegen vom Parteiführer der Beleidigung geworden, nach dem Jungfernflieg zu kommen. Inzwischen ist aber vom Geschäft telefonisch, es solle Reiner dort weggehen, bis die Arbeit fertig sei. Der Kollege glaubte nun, dass er den Anordnungen vom Comptoir ganzfertig Folge leisten müsse und mache die Arbeit mit fertig. Als er dann nach dem Jungfernflieg kam, erklärte der Parteiführer: "Malte, jetzt habe ich für Dich keine Arbeit mehr." Dann sollte ihm statt 70 & Stundenlohn nur 65 & haben, weil er nach Aussage des Kollegen Maig e nicht mehr verdient habe. Ein Eingreifen des Bevollmächtigten hat dann Malte gefragt, man möge ihm die 70 & auszahlen, er wolle mit der Angestellten nichts zu thun haben. Als er dann seinen Entlassungsschein forderte, erklärte Malte: "Hast Du denn keinen Gewerbeschreibnis? Wir sind alle selbstständig." Und als der Kollege dies verneinte, sagte Malte: "Dann hast Du uns ja betrogen." Im Geschäft erklärte man dem Kollegen, das sei Sache des Malte, damit hätten sie nichts zu thun. Und Malte wiederum sagte: "Dafür hast Du 70 & Stundenlohn erhalten, dass Du die Beiträge zur Invaliditätsversicherung selbst bezahlen musst." Auf diese Weise werden die geistigen Bestimmungen übertragen, werden die Kollegen um ihr gutes Recht betrogen. Und das Schlimmste dabei sei, dass einer unserer Kollegen zu solchen ungefährlichen Manipulationen die Hand habe, mithilfe, den Staat zu betrügen. Thatsache sei, dass keiner in diesen Gejämänen zur Invaliditätsversicherung angemeldet sei. Auch Sonntags und Nachts würde bei den Plattenanlegern gewöhnt, ohne dass sie dann am anderen Tage von der Arbeit weggelassen und sich ausruhen. Das Vorgehen der Plattenanleger sei der beste Weg zur Einführung der Klassenlöcher. Auch verstanden es dieselben den Geschäftsinhabern plausibel zu machen, dass keine Leute sonst kriegen seien, wenn solche verlangt werden. Der Name dieser Affordäger wird dann etwas kleiner, wenn sie Kollegen nehmen müssen, die auf ihr "Spezialgeschäft" noch nicht eingeführt sind. Malte meint, es sei doch selbstverständlich, dass man mit 15 alten, bewanderten Kollegen mehr verdient hätte, als mit 20. Der beglaubigte Kollege habe in 68 Stunden 18 m fertig gebracht; das macht 1.20 pro m, während sie nur 1.1 pro m erhalten. Betreifst der "Instandhaltungsversicherung" mein! Meier: "Was geht uns das an, darum mag sich die Behörde kümmern." In der Diskussion wird das Vorgehen der Plattenanleger von den Kollegen Hennig, Harktviertel, Markt und Tippe sehr gerügt. Auch wird ein Antrag Hartwig's angenommen, die Verwaltung mit dem Lohnkommission möge weitere Schritte zur Unterforschung der Wohlstände bei den Plattenanlegern unternehmen. Der Bevollmächtigte macht weiter bekannt, dass die Plattenanleger, die das Maurerhandwerk nicht erlernt haben, laut Statut Mitglied unserer Organisation werden können. Zu Punkt "Lohnarbeitszeit" berichtet der Bevollmächtigte über statthaftige Arbeitszeitstellungen. Bei dem Unternehmer Spens wurde die Arbeit wegen schlechter Behandlung niedergelegt, die nach Aussage des Unternehmers hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, weil jeder durchschnittlich pro Tag "nur" 1000 Steine vermauert habe. Auch sei hier vor 14 Tagen das Hauptgesetz heruntergefallen. Glücklicherweise habe das Gerüst dasselbe getragen. Bei Dödler, Zimmermeister, sei es ebenfalls zur Arbeitszeitstellung gekommen, weil die Kollegene um 8 Uhr Feierabend machen sollten, während Material genug oben waren. Sobald wurde noch über einen anderen

Fall berichtet, der bei dem Baumaterialienhändler C. Mühs in der Abendrothstraße vorgekommen ist. Mühs baut dort Wohnhaus und Speicher. Im Speicher befindet sich ein Pferdestall. In demselben wurde unter die Konkurrenz eines Unterzugs angebracht. Dieser war nach Ansicht der Baupolizei zu schwach, weil die Konkurrenz 1.05 m von Mitte zu Mitte aus einander liegen, deshalb wurde von denselben angeordnet, dass rechts und links neben diesem Unterzug noch ein weiterer angebracht würde. Diesem sei Mühs nachgekommen. Als aber die Rohbaumaßnahmen stattgefunden hatten, habe Mühs die beiden Unterzüge wieder wegnommen lassen und den einen Unterzug stark verputzen lassen, um den Abschluss zu erreichen, als ob zwei dort lagen. Auch habe er neben dem Treppenhaus im Pferdestall zwei Löcher durch die einen Stein starke Scheidewand loslagen lassen, welche auf zwei darunter sich befindende Schubbögen stossen, so dass der über ein Meter lange Pfeiler, der die zur Absicherung diente, nur auf diesem, einem halben Stein starken Pfeiler ruht. Auch habe er im Giebel des Wohnhauses Fensterläden einsetzen lassen. Um aber zu verhindern, dass die Baupolizei davon etwas sehe, habe er von Außen die Scheiben mit Kalk übertragen und von innen einen halben Stein vorgemauerter, der später wieder herausgerissen werden sollte. Um Platz für seine Gehäusche und zu haben, habe er sich zu helfen gebüßt. Er habe in den zwei Steinen starke Löcher von einer von einem Stein tief in den Giebel eingelassen. Aber, damit es die Baupolizei nicht sehe, habe er dieselben mit Lehne zum Innern laufen und nach der Rohbaumaßnahme entfernt. Ebenfalls habe er ein Stück Mauerwerk von gut 1 m breit und ungefähr 8 m hoch, unten mit der Größe eines vierelten Steines beginnend und mit einem halben Stein endend, von dem ein Stein starken Treppenhaus des Wohnhauses abhauen lassen, und zwar im Parterre. So will Mühs die Baupolizei zu hintergehen. Weiter berichtet der Bevollmächtigte über die Aufforderung am Schauspielhaus: Er habe eine Abschrift des Aufforderungsbriefs in Händen, von dem er garnicht annehmen könne, dass er auf dem Comptoir eines mit dem Bevollmächtigten vereinbarten Wohnungsmieters zu Stande gekommen sei. Sowohl im Sitz wie in der Bezeichnung sei er nicht richtig oder, sonst viel zu winzig übertrieben. Er lautet wörtlich: "Der Preis pro 1000 Maurerarbeiten inklusive Unterlage, Putzen, Verlegung, inklusive Holzplatten im Fundament reicht. Keller M. 7.50. Der Überbruch ist lediglich als Gratulation anzusehen und wird nur an diejenigen Gesellen gezahlt die in Ordnungswähige Weise am Bau bleiben. Wer durch den Meister rezipiert, Partner entlassen wird, er hat kein Anrecht ausgegrahbt und hat auch kein Recht. Diese Auszahlung erfolgt am Rückenname, Scheckbuch in Volk. Die Kosten haben an Rechnung, auch einzelne Gesellen vorzunehmen. Gesellen können auf Wunsch der drei genannten Maurer angestellt werden. Ein Streit unterdrückt die Arbeit nach Schluß derselben kann das Verbrechen weiter. Eine Spur über den Bau abschließen der Maurer ist der Verbrechen. Es wird die von der Baustelle gegen seitig anerkannte Lohn ausbezahlt."

Die Zahlstelle Hiel hält am Mittwoch, den 27. September, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: "Unser Vorbringe für das nächste Jahr". In der vorliegenden Verhandlung waren verschiedene Meinungen laut geworden, worauf es dem Gesellenausschuss erstmal überlassen blieb, einen passenden Tarif auszuarbeiten. Dies ist dem auch gelungen. Der Lohnarbeitsentwurf befiehlt, dass vom 10. März 1900 bis 10. März 1901 67 & pro Stunde bei 9-stündiger Überarbeitszeit und für Sonntagsarbeit 70 & und für Nacharbeit 80 & gezahlt werden soll. Der Entwurf wurde einstimmig angenommen. Gefordert soll ferner noch werden, dass sich auf jedem Neubau ein Kosten mit Verbandsstellen befinden muss. Aus dem Kartellbericht wurde mitgeteilt, dass A. 200 für die Wölfer'schen Leberarbeiten benötigt wird. Ferner wurde mitgeteilt, dass geplant ist, einen Kontaktkreis zu gründen.

Die Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. hält am Sonntag, den 24. September, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab; dieselbe war jedoch, wie gewöhnlich, schlecht besucht. Trotzdem der heisige Streit günstig für uns abgeschnitten — die Gründungsschäften sind jedoch durch die Maurer selbst schon zum Theil illustriert gemacht worden —, zeigen die meisten Kollegen wenig Interesse für den Verband, wie auch für die Verhandlungen. Auf der Tagesordnung können die wichtigsten Punkte stehen, es erscheinen immer nur diejenigen Kollegen, welche niemals oder selten fehlten. Auch mit der Abhaltung der wöchentlichen Beiträge ist es bei den Meistern sehr schlecht bestellt, auf Streitfondseitseite ist oft gar nicht zu denken. Trotzdem nur das Mögliche gethan wird, diese Mißstände zu beheben, war dieses bis jetzt noch nicht möglich. Es ergibt deshalb hiermit an die Kollegen das Fazit, die Verhandlungen besser zu deuten, auch mit Sorge zu tragen, dass die Verbandsbücher sowie Streitfondsarkte in musterhafter Ordnung sind; denn nur durch allerseits tüchtige Mitglieder kann der Verband den Zweck erreichen, den er jederzeit verfolgt.

Eine öffentliche Bauplandwerker-Versammlung tagte am 17. September im Lokale des Herrn Chr. Schepel in Nienstedten. Zum ersten Punkt nahm Kollege Merk aus Münster das Wort. Nebner schärfte in längeren Ausführungen die Arbeitsvergütungen und die Mechanisationen, welche die Eisenbahn gegen die Arbeiter im Schilde führen, um den Arbeitern das Arbeitsrecht, welches so wie sie nur auf dem Papier steht, möglichst zu nehmen. Nebner schärfte seinen Vortrag mit der Mahnung, nicht eher zu raten, bis ein jeder Arbeiter seiner Organisation angehört. Anschließend hieran gehabt noch der Kollege Bömelburg den in nächster Zeit stattfindenden Eintrittsstages der Bauplandwerker in Karlsruhe, wo erneut über die Frage des Arbeitsnachweises und der Entlassungsschein berathen werden wird. Es sei deshalb unterstellt, auf der Hut zu sein. Zum zweiten Punkt rägte Kollege Dr. E. F. S. das Verhalten der Zimmerer, welche die Arbeitsabstelle durch einen Beschluss in ihrer Verbandsversammlung wieder verhängt haben, trotzdem sie selbst mit dafür stimmen, dass die Arbeitsabstelle, so wie sie in einer Bauplandwerker-Versammlung im Frühjahr beschlossen war, strikt inne zu halten sei. Nach einer längeren Diskussion, in welcher der Kollege Werner erläuterte, dass die Zimmerer den Beschluss gefasst hätten, um einzigen Arbeitgebern, welche mit dem einen oder anderen Punkt der Tabelle nicht einverstanden waren, Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, dass die Zimmerer dies zu ändern hätten und strikte barnach zu handeln sei. Ein weiterer Antrag des Kollegens Bömelburg betraf die Abänderung der Tabelle wegen Heizungsmaterial wurde, nachdem die Kollegen Bömelburg, Kloß und Stanig sich noch für eine Verbesserung einstimmig auf eine Verhinderung ausgesprochen, vom Antragsteller zurückgezogen.

In "Verschiedenes" gab Kollege Deutscher einen Bericht über die am 11. September stattgefundenen Wahl des Gesellenausschusses der Zwangslösung im Kreise Binnenberg. Redner führte an, dass ein Thal der Kollegen noch kaum etwas davon wissen würde, denn die Wahl sei so plötzlich gehalten, dass garnicht daran zu denken war, noch irgend etwas dagegen zu machen. Er glaubt aber, dass diejenigen Kollegen, welche davon gewusst, ihre volle Schuldigkeit getragen hätten, wenn bei der Wahl hätten sie, soweit sie sich über das Innungstatut noch Informationen verschaffen könnten, über die diesbezüglichen Paragraphen, sowie deren Urheberschaft den Innungsvorstand interpelliert. Aus den abweichenden Antworten der Herren habe sich ergeben, dass sie selbst nicht mit Dem zu zufrieden waren, was sie lange gewünscht, jetzt aber wohl viel lieber wieder aufgegeben möchten, wenn dies mit Anstand ausführbar sein würde. Es seien Kollegen in dem Auschluss gewählt, von wo und ganz ihren Posten vertrieben werden. Als Auschusshauptleiter würden gewählt die Kollegen: Gerts, Zimmer, Binnenberg; Kröger, Zimmer, Binnenberg; Kloß, Maurer, Münster. Als Erzählmänner: Halle, Zimmer, Binnenberg; Klüber, Maurer, Binnenberg; Doktor, Zimmer, Doktor, Münster. Nachdem noch Kollege Stanig in kurzen Ausführungen die Zwangslösung beobachtet, folgte Schluß des den Beziehungen nach entsprechend gut behandelten Verhandlung.

Am 24. September hält die Zahlstelle Münsterberg-Franzburg ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Bürmester aus Straßburg hält einen dreiviertelstündigen Vortrag über den Augen und Arzt der Organisation, welchen von den Kollegen mit reichem Beifall aufgenommen wurde. Der Bevollmächtigte sprach im Namen der Versammlung seinen Dank für den lehrreichen Vortrag aus. Zum Schluss wurde den Kollegen noch mitgeteilt, dass in nächster Zeit eine Agitation versammelt stattfinden werde; die Mitglieder müssten dafür sorgen, dass auch diejenigen Kollegen, die der Organisation noch nicht angehören, erscheinen. Es sind ja nur noch einige Mitglieder organisiert, die Mehrzahl der hiesigen Kollegen sind organisiert. Alsdann wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf das Blüten der Organisation um 9 Uhr geschlossen.

Am 18. September hält die Zahlstelle Westensee ihre monatliche Versammlung ab, welche schwach besucht war. Zum ersten Punkt erkläre das Vergnügungscomité die Abrechnung vom Stiftungskonto. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Bäcker als Hülfstaatsrat gewählt und zum Schriftführer Kollege Reincke. In "Verschiedenes" führte der Bevollmächtigte an, dass die Kollegen Seewald und Borchert entliche Wähler von der Bibliothek unterschlagen haben; dieselben seien im "Grundstein" aufgeführt worden, die Wähler zurückzuführen. Den Lederarbeitern in Wilsdorf wurde A. 15 zur Unterstützung der Vergnügungsstätte gegeben. Am Schluss der Versammlung forderte der Bevollmächtigte die Kollegen auf, rechtzeitig ihren Wohnungsbewerb anzugeben.

Am Wiesbaden wird uns geschrieben: Nach dem Streit im Jahre 1897 schlossen die Unternehmer wie Pilze aus der Erde. Hauptfach waren es Pächtere über Gesellen, die fast während des Streits in den Reihen der Räuberhändler standen, welche in den anderen Stand übertraten. Mit dem Eintritt in die neue Gesellschaftsstadt scheinen diese guten Leute nun alles vergessen zu haben, für das sie einst kämpften. Nicht nur, dass sie sich auch die ihnen möglichsten Gesellen machezeugen, übertriefen sie in dieser Hinsicht sogar noch die alten Meister. Ein junger Münsterer, bei dem einige Kollegen an einem Neubau in der Scherzerstraße arbeiten, ist zwar gegen alle Menschen human, nur gegen seine Arbeitnehmer nicht. Als kirchlich die Kollegen darüber beruheln, wie es dem Unternehmer am besten beigebringen sei, dass er die Wartenslage abbrechen müsse, erklärte der Kollege Bössjeix bereit, dem Unternehmer Borchert sein Name, die Münsterische Gesellen zu unterbreiten. Es sollte ihm dies jedoch schlecht geschehen; am nächsten Sonnabend wurde ihm das Arbeitsverhältnis gefunden. Mit den Bülbuben sieht es bei diesem Unternehmer ebenso aus wie bei den übrigen Wiesbadener Unternehmern: läuft das Wasser in Gestalt von Regen nicht zum Dach hinunter, so droht ganz sicher durch die Thür. Als einige Kollegen den Schwager des Verchrichten, dafür zu sorgen, dass die Baubüro wenigstens trocken werde, antwortete der würdige Aufsichtsleiter: "Warte, du kommst ja in ein paar Tagen tapfer!" In dieser Weise werden die Kollegen in Wiesbaden und Umgegend behandelt. Wären sie besser organisiert, so würden sich diese und ähnliche Nebelstände leicht abwaschen lassen.

In der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Wolsmeierhausen am 20. September wurde zunächst die Abrechnung vom letzten Stiftungskonto verlesen, welches einen Überschuss von A. 24.80 ergab. Da noch ein Reibebuch von A. 21.55 für die ausgewählten baulichen Kollegen vorhanden war, wurde beschlossen, diesen an die streikenden Arbeiter in Wilsdorf abzugeben. Ein Weiterer wurde der Kollege Franz Wilsdorf, welcher vor einem Jahre nach § 15 a des Statuts ausgeschlossen wurde, wieder als Mitglied aufgenommen, nachdem er seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachgekommen war und sich verpflichtet, stets die Interessen des Verbandes zu wahren. Zum Schluss wurden die Kollegen aufgefordert, da jetzt die Sammlungen für die baulichen Kollegen vorbei seien, wieder haftpflichtig für den Streifenden zu agieren, da derzeit in letzterer Zeit durch die Sammlungen etwas vernachlässigt worden sei.

Am Bönen und Umgegend fand am Sonntag, den 17. September, im Lokale des Herrn Chr. Schepel in Nienstedten, eine gut besuchte öffentliche Mitgliederversammlung zur Gründung einer Zahlstelle des Verbandes statt. Kollege B. Wölfer aus Berlin referierte über "Siedlungs- und Augen einer Gewerkschaftsorganisation". Den Referenten gelang es, in seinen Ausführungen die Anwendungen von den unbedingten Novitäten der Organisation zu überzeugen. Es wurde beschlossen, da schon circa 20 Kollegen dem Verband angehören. Zum Schluss wurden die Kollegen aufgefordert, da jetzt die Sammlungen für die baulichen Kollegen vorbei seien, wieder haftpflichtig für den Streifenden zu agieren, da derzeit in letzterer Zeit durch die Sammlungen etwas vernachlässigt worden sei.

Am 24. September hält unsere Zahlstelle ihre erste Mitgliederversammlung im Scherzer'schen Lokal ab. Beigefügt Reglung der Streifondszahlung hielt Kollege A. Winzler-

Berlin einen kurzen Vortrag. Es wurde beschlossen, daß die verheiratheten Kollegen 10 ♂ und die unverheiratheten 20 ♂ pro Woche zahlen sollen. Neu aufgenommen wurden 14 Mitglieder, so daß die Zahl der selben jetzt 47 beträgt. Die Versammlung sprach die Hoffnung aus, daß noch in diesem Jahre alle Männer von Losen und Umgegend im Verbande vereinigt sein würden, so daß im nächsten Jahre mit Sicherheit die zehnjährige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnherhöhung durchgesetzt werden kann.

Stiftskateure.

Wetthe Kollegen! Wir ersuchen hiermit die traurige Pflicht, Ihnen die Mitteilung zu machen, daß bei dem Zusammenbruch eines Neubaus am Mittwoch, den 27. September a. o., zwölf Arbeiter, darunter sechs unserer Kollegen, ihren Tod fanden, und zwar: Stephan Bander, nebst Sohn, Albert nebst Sohn, die Kollegen Leibens und Wilmus. Stephan Bander, zweiter Vorsitzender des Hauptvorstandes, war Vater von acht Kindern, davon sechs schulpflichtigen; Albert hinterläßt drei Kinder, Leibens ein Kind und Wilmus zwei Kinder.

Allgemein geachtet und beliebt bei ihren Kollegen, werden wir Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Hauptvorstand. S. A.: Chr. Odenthal.

*

*

Für Elbersfeld sind folgende Adressen maßgebend: V. Karl Müller II., Kleebaustr. 2, 1. Et.; K. A. Gerhardt, Achenbergerstr. 8. Chr. Odenthal.

*

*

Dortmund. Die hiesige Filiale, die infolge der Sammelfestigkeit der Mitglieder und besonders auch des Vorstandes ein Erfolg war, ist wieder zu neuem Leben erwacht. Am 24. September fand eine Mitgliederversammlung im Vereinslokal bei Regel, Mühlstraße 1, statt. Die Zahl der Mitglieder ist auf über 70 gestiegen. Am Nachmittage derselben Tages fand eine öffentliche Stiftskateurenversammlung statt, die sehr gut besucht war. O. Walter hielt einen sehr lehrreichen Vortrag. Kollege Clements-Kentor wurde als Vertrauensmann gewählt.

Hamburg. Auf die Nummerierung der Wohnung des "Grundstein" zum Versammlungsbericht der Gipser in Nr. 38, erhalten wir von dem Schriftführer der Versammlung folgende "Berichtigung": Wenn eine Organisation von Arbeitern sich einen höheren Lohn erwerben hat und eine andere Organisation den Lohn wieder herunterredet, so verträgt sich Dieses nicht mit den Grundsätzen der organisierten Arbeiterschaft und, kann man wohl mit Recht Dieses als Verhindernden bezeichnen. Wir erinnern uns noch ganz gut der Worte Bönenburgs & Vertreters des Hamburger Gewerkschaftsrates, die er sagte: Wenn die Gipser sich nicht nach dem Lohntarif der Baumeister richten wollen, so würden sie aus dem Kartell ausgeschlossen werden und die Maurer würden ihnen die Soldarbeit ablehnen. Sollten jemals in Hamburg in unserem Geschäft (Gipergewerbe) Gipserarbeiter gehoben sein, so waren es durchaus möglich die Maurer, die sich das Gipser lernen wollten. Ferner müssen wir bemerken: Gipser ist ein Spezialgeschäft und keine Maurerarbeit.

Wir haben der "Berichtigung" Raum gewährt, nicht weil es für die Gipser etwas zu berichten gab, sondern weil wir hierdurch auch den Maurern Gelegenheit geben wollten, sich zu dem Streit zu äußern. Wir enthalten uns vorläufig jeder weiteren Erörterung, obwohl die "Berichtigung" durchaus genug dazu bietet.

Die Redaktion.

Magdeburg. Am 22. September hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige, leider schwach besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach dem Bericht der Lohnkommission über den Stand der Arbeit zum Lohntarif stand eine lebhafte Debatte über das Altordnungsamt. Die Mehrzahl der Mitglieder will die Altordnungsarbeit grundsätzlich abschaffen, während von verschiedenen Kollegen ein vertragliches Vorgehen als etwas verächtlich bezeichnet wurde. Hierauf wurde der Antrag angenommen, daß der im Jahre 1900 in Kraft trende neue Lohntarif sämtliche Altordnungsarbeit ausschließen soll. Zur Altordnungsfrage wurde in Vorschlag gebracht, daß "Bürgerschaft", Stephanstraße, als Vereinslokal in Betracht zu nehmen. Dieser Vorschlag wurde vom Verein einstimmig angenommen. Im Punkt "Besiedelungen" wurde eifrig über die Zinnglockenglocke diskutiert, und wurde von einem als Gast anwesenden Bildhauer hierüber Auskunft erhielt. Er machte darauf aufmerksam, daß man bei der Masse der Auszubildungsmitglieder Alles aufzuheben müsse, solche Mitglieder zu wählen, welche die Sache auch voll und ganz vertreten können. An die Kollegen wurde die Bitte gerichtet, zu der jedenfalls am Donnerstag, Abends 8 Uhr, stellendienstlichen Wahl möglich zu gestalten und sämtlich plakatmäßig an Stelle zu sein, um von den Meistern nicht überrumpelt zu werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

München. Am Sonntag, den 17. September, tagte im "Senefelder Hof", eine von circa 200 Stiftskateuren besuchte öffentliche Versammlung. Kollege Capito referierte über die Unterhandlungen der Meister mit der Lohnkommission. Die Meister erklärten sich bereit, die Altordnungsarbeit abzuschaffen, wenn 75 % der Gehälften durch Unterschrift für die Abschaffung des Altordnungsamtes eintraten. Ferner wurde die Lohn- und Arbeitszeitfrage, sowie Überhundert- und Sonntagsarbeit geregelt. Anschließend daran führte Capito aus, daß, wenn der Altordnung nicht abgeschafft werde, dies nur an der unter aller Art stehenden Theilnehmungsfreiheit der Kollegen selbst liege. Nebenführte den Kollegen vor Augen, daß, wenn sie sich um wichtige Sachen streiten, den Vorther, davon nur die Meister haben und führen weiter aus, daß in der Karte der Buchausgabe, der Unternehmung, der Massenauflösungen es unbedingt Pflicht der Arbeiter und ein Gehol der klaren Vernunft sei, sich zu organisieren. In der Diskussion suchte ein nicht organisierter Kollege, Alsenfeger, den Ausführungen des Referenten entgegenzutreten, mußte sich aber von diesem einer gründlichen Abfuhr gefallen lassen. Die Kollegen Berger sen. und Wermann sprachen noch im Sinne des Kollegen Capito. Mit einer nochmaligen Ermachung des Referenten, die Organisation hoch zu halten, wurde die Versammlung um 1 Uhr geschlossen. Es liegen sich jedoch Kollegen in den Verband aufnehmen.

Blauen, i. W. Den Kollegen zur Nachricht, daß der hiesige Volksverein sich am 1. Oktober als Filiale des Centralverbandes konstituiert hat. Kollegen, die etwa gewillt sind, hier

Arbeit zu nehmen, werden gebeten, sich vorher bei dem Vorsteher Paul Wirth, Joannastrasse 6, zu melden, damit es nicht — wie es in leichter Zeit geschehen — vorkommt, daß die Kollegen zu einem niedrigeren Lohnsatz, als hier üblich ist, Arbeit annehmen. Das Vereinslokal befindet sich im Restaurant "Vogtland", Joannastr. 6. Kassier ist Ferdinand Hegner, Joannastrasse 42. Sprechzeit Abends von 7 bis 9 Uhr und Sonntags Vormittags von 9 bis 11 Uhr.

Krankenkasse.

Berlin. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Centralkantone der Maurer ac. tagte am Mittwoch, den 20. September, in der Kommandantenstr. 20, mit der Tagesordnung: "Vortrag des Herrn Dr. Wehl über die Heilkraft des Volkes." Der sehr lehrreiche, mit vielen Beispielen erläuterte Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Einige an den Referenten gerichtete Fragen wurden von ihm herzhaft beantwortet.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart). Dieser Verlag ist soeben das 58. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hier vor: Korstellendienst — Colonialabrechen. Von S. van Kol. — Nach zwei Fronten. — Eine Antwort an Kadi und Sodi Güter von Dr. Bernstein. (Schluß). — Zur Kritik der Kritik. Von Franz Mehring. II. — Literarisches Bildnisbau: Dr. Paul Weißgräfin. — Das Ende des Marxismus. Heinrich Krebs, Fabrikantengaudi. — Notizen: Ortsübliche Lagerhäuser. Polizeiversteuerung und unentgeltliche Verbindung in der Schweiz. — Feuerstellen: Internationale Verbündungsmittel in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Von Dr. M. Freudenberger, Nürnberg.

Über die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der Erwerbstätigkeit. Unter diesem Titel ist soeben eine von Käthe Dunder, Leipzig verfaßte, von der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene Broschüre erschienen. Die Broschüre stellt einen Sonderabdruck aus dem "Correspondenzblatt" dar und gibt ein Bild über den Umgang der Frauenerwerb in Deutschland nach den Resultaten des 1888er Berufs- und Volkszählung. Darin enthalten Tabelle dienen für die Gewerkschaften, namentlich diejenigen, welche viel Frauenarbeit zu verzeichnen haben, sehr schätzbares Material enthalten. Die Broschüre kostet im Buchhandel 50 ♂.

Brieftasche.

Nürnberg, B. Ihr Brief mit "Personennutzungszettel" kam wieder einmal zu spät; nur einen halben Tag — aber doch darf genug, um nicht mehr veröffentlicht werden zu können. Danzig, M. Die Namen der wegen Zahlungsaufschluss ausgeschlossenen oder gestrichenen Kollegen veröffentlichten wir nicht. Dies sollte Ihnen doch, wenn Sie den "Grundstein" aufmerksam gelesen hätten, schon längst bekannt sein. Koitton, M. Aus Ihrem Schreiben läßt sich mit Sicherheit nicht entnehmen, um was es sich handelt. Lassen Sie sich den Thatbestand von einem des Schreibens befreit fundigen Kollegen aufzeigen und senden Sie dann das Schriftstück noch einmal zu; wir werden dann sehen, ob sich daraus etwas machen läßt. Wysau, F. M. Die gewünschte Annnonce können wir nicht annehmen. Senden Sie, daß einen Bericht über die Angelegenheit ein.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Bernhsgenossen Deutschlands, Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Der Ausschussvorsitzende,
Kollege August Dähne, wohnt jetzt Berlin N.,
Prinzessstrasse 17, 1. Etage.

Beitragszahlung.

Am Schluß des 3. Quartals wird sich wieder ergeben, daß viele Mitglieder mit der Beitragszahlung länger als drei Monate im Rückstande sind. Wir erinnern die häufigen Bahnhofshierarchen an ihre Pflicht.

Die Bahnhofshierarchen erfüllen wir, wenn es noch nicht geschehen, Einrichtungen zu treffen, daß dem Verband kein einziges Mitglied wegen rückständiger Beiträge verloren geht. Als die beste Einrichtung hat sich bisher die regelmäßige Einklassierung der Beiträge in Verbindung mit der "Grundstein"-Verbreitung bewährt.

Der letzte Verbandsstag hat die Bahnhofshierarchen durch Beschluss verpflichtet, die Einrichtung der Beitragszahlung einzuführen, worauf wir hiermit zum wiederholten Male aufmerksam machen. Am Jahresende werden wir feststellen, inwieweit die Bahnhofshierarchen dem Verbandsstagsbeschuß Rechnung getragen haben.

Die Abrechnungsformulare, zur Aufführung der Abrechnung für das dritte Quartal sind am Freitag, den 29. September, zur Verwendung gelangt. Bahnhofshierarchen, welche die allgemein an die Bahnhofshierarchen adressierte Sendung nicht erhalten haben, werden erachtet, uns Mitteilung zu machen.

Zu der Abrechnung selbst machen wir darauf aufmerksam, daß dieselbe bis zum 15. Oktober eingangs werden muß. Bis zu demselben Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Hauptkasse bestimmten Gelder eingangs sein. (Siehe auch das den Abrechnungsformularen beigelegte Begleitschreiben.)

Zur Beachtung für die Revisoren und Bahnhofshierarchen.

Schon oftmals haben sich Bahnhofshierarchen bei uns bewährt, daß ihre Revisoren trotz wiederholter Einladung nicht zur Revision erschienen sind.

Ein solches Verhalten ist eine Pflichtvergehenheit, welche nicht schriftlich genug gerichtet werden kann. Die Revisoren sollen nicht erst auf Einladung der Kassier und nur jedes Quartal einmal revidieren, sondern unangemeldet und mindestens jeden Monat. Die Revisoren werden hiermit angeholt der jetzt aufzustellenden Quartalsabschreitung wiederholst auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht.

In Fällen, wo Unregelmäßigkeiten vorkommen, werden wir die Revisoren mit zur Rechenschaft ziehen, wenn sich herausstellt, daß die Revision mangelfhaft war.

Das Letztere gilt auch für die Verwaltungen.

Etwas Unregelmäßigkeiten sind uns sofort zu melden, damit wir gegen die ungetreuen Kassier vorgehen können.

Die Tabelle

über die statistischen Erhebungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands ist noch in größerer Anzahl vorhanden. Diejenigen Kollegen, die sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsgenossen in ganz Deutschland informieren wollen, müssen sich in den Verlust einer solchen Tabelle setzen, denn ein besseres Mittel zur Information bleibt es nicht.

Der Preis ist sehr minimal, er beträgt nur 40 ♂. Wirschen Bestellungen entgegen. Bei Einzelbestellungen bitten wir, den Betrag gleich mit einzusenden.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Heinr. Biese (Buch-Nr. 93 822), Rosenthal (Buch-Nr. 04 423), Karl Schröder (Buch-Nr. 9), Gustav Palme (Buch-Nr. 068 961).

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statut: Bahnhofshierarchen: Beigland Werner (Buch-Nr. 32 988), Jakob Scherer (Buch-Nr. 98 024); Cranzberg: Johann Bövenröder (Buch-Nr. 48 180), Joseph Sattler (Buch-Nr. 062 409); Nicolai Jacob (Buch-Nr. 48 174); Arotzkow: Dr. Maurer Karl Friede-Meyer-Welschenthal (Buch-Nr. 70 169); Paul Grossenb. Thiergarten (Buch-Nr. 018 518), Christian Klug-Meyer-Welschenthal (Buch-Nr. 018 531), Wilhelm Meißner-Thiergarten (Buch-Nr. 8 947), Joseph Petroske-Sindelfingen (Buch-Nr. 018 571), Wilhelm Riegner-Ober-Torwermieke (Buch-Nr. 70 168), Hermann Schmidt-Strothothen (Buch-Nr. 64 157), Wilhelm Süßner-Meyer-Gehr (Buch-Nr. 70 144), Karl Blaum-Breslau (Buch-Nr. 65 869), Ernst Streich-Welschenthal (Buch-Nr. 84 189), Robert Weigel-Altenau (Buch-Nr. 91 782), Karl Müller-Benzenroth (Buch-Nr. 94 881), Karl Süßner-Neusorge (Buch-Nr. 91 744), Robert Feierabend-Ober-Torwermieke (Buch-Nr. 91 716), Karl Schulte-Neuenschloß (Buch-Nr. 018 538) und die Zimmer Aug. Moh. Golgal (Buch-Nr. 70 198), Adolf Kleiber-Sindelfingen (Buch-Nr. 65 866), Ernst Hünnel-Walt (Buch-Nr. 89 906), Karl Dreier-Strothothen (Buch-Nr. 018 551).

Berichtigung.

In Nr. 39 muß es unter der Rubrik "Ausgeschlossen" in der zweitletzten Zeile heißen: Koller statt Molter und Schlarp statt Schlar. In der letzten Zeile von unten muß es heißen: Etzschle statt Etzel.

Der Vorstand.

S. A.: Th. Bömelburg, Vorsteher.

Am Bericht vom 26. September bis 2. Oktober sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Oranienburg M. 100, Werneuchen 56, 90, Neiße 55, 70, Köslin 71, Bernau i. d. Marz 70, Sangerhausen 11, 40, Minden 4, Erfurt 200, Meißen 194, Waltersdorf-Schulendorf 6, 25, Niendorf 190, Knüllingen 12, 84, Altona 886, 24, Osterburg 87, 60, Breslau 250, Greiz 100, Naumburg 50, Preß 89, Oberstedt 256, Delitzsch 120, 101, Sommerfeld 99, 92, Bergedorf 62, 37, Karlsruhe 58, 76, Summa M. 242, 99.

Streifkonto.

Oranienburg M. 48, 70, Neiße 8, 60, Agitationskreis Mainz durch Süßer 100, Köslin 49, Sangerhausen 10, Erfurt, Geisen, Herbolzheim 100, Waltersdorf-Schulendorf 18, 60, Agitationskreis Ludwigshafen 100, Osterburg 7, 20, Breslau 400, Greiz 10, Naumburg 50, Preß 21, Delitzsch 18, 48, Karlsruhe 16, Summa M. 947, 98.

Für gelieferte Flugblätter.

Meißen M. 6, Delitzsch 8, 85, Schildau 8, Summa M. 12, 85.

Zurückgesandte Streikunterstützung.

Eberfeld M. 280, 10.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowie für Streikkontobeiträge sind mir an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 2. Oktober 1899.

J. Köster,

Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstr. 16, 1. Et.

Quittung

über die bei mir eingegangenen Gelder für die ausgesetzten dänischen Kollegen.

Danzig (durch P. Böß) M. 88, Landsberg a. d. R. (durch A. Kühn) M. 18, 85.

J. Köster.

Abrechnung
für das zweite Quartal 1899
des Central-Verbandes
der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
Sitz Hamburg.

Einnahme in den Zahlstellen.

Kassenbestand vom ersten Quartal 1899	M. 1957,98
An Eintrittsgeldern	7209,50
" wöchentlichen Beiträgen	157884,20
" sonstigen Einnahmen	407,85
" Zufluss aus der Hauptkasse	1683,33
Summa	M. 169102,86

Ausgabe in den Zahlstellen.

Aus die Hauptkasse eingezahlt	M. 129808,41
Für lokale Ausgaben (26 resp. 20 p. J. d. Einnahmen)	38805,77
" Reiseunterfützung	59,40
" Rechtschutz	4749,91
Unterstützung nach § 18ter Passus des Statutus	1622,49
Berlin durch Unterstzung u. aufgelöste Zahlst.	287,98
Kassenbestand am Schlusse des zweiten Quartals 1899	1278,95
Summa	M. 169102,86

Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand vom ersten Quartal 1899	M. 558,99
An Eintrittsgeldern	M. 6,50
" wöchentlichen Beiträgen	177,55
" sonstigen Einnahmen	17,55
Aus den Zahlstellen eingezahlt	129808,41
Berücksichtigte Kapitalien	94510,-
Summa	M. 218059,-

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für Druckarbeiten bei Auer & Co.	M. 1520,50
" Vorstandssberichte zum Verbandsblatt	682,-
" Kassenstatuten	655,-
" Anstrengung verschiedener Sorten Marken	790,-
" Agitation an den Generalversammlungen	2150,-
" das Fachorgan "Der Grundstein"	1870,-
" Quartalsbeitrag an die Generalkommission der Gewerkschaftsverbände Deutschlands f. d. 4. Quart. 1898	1994,20
" Zufluss an Zahlstellen	1683,33
" Rechtschutz für den Vorstand	22,13
" Kassenrevision in Zahlstellen	28,30
" Delegation zum 8. deutscher Gewerkschaftstag	669,50
" Deputationen	32,95
" Vorstandssitzungen	22,50
" Vorstandssitzungen an den Ausschüssen	100,-
" Bureauamtslehe, Reinigung und Belieferung	2415,45
" Anlieferung von neuen Bureauamtsfilien	177,21
" Buchdruckarbeiten	406,80
" Buchdruckarbeiten	16800 Mitteilungsblätter, 182 Verzeichnisse und 100 Kassenbücher
" Buchdruckarbeiten	1011,85
" Buchdruckarbeiten	224,40
" Bilder- und Schreibmaterial	43,85
" Bildungsabkommen und Bringerlohn	9,85
" statlische Erhebungen und Gewerbedeihlung	165,-
" des deutschen Reichs	65,-
" eine neue Nummernreihenfolge	18000,-
" der Streitfonds	50000,-
" Der Bank belegt	
" Für Porto	427 Pakete M. 190,35
" 5802 Kreuzabbindungen	279,90
" Briefporto, Telegrame	
" und Gebinden	881,80
" Postporto	66,95
" Protokolle und Statuten	
" verband	824,70
Summa	M. 124613,47

Bilanz.

Einnahme	M. 218059,-
Ausgabe	214613,47
Kassenbestand	M. 8445,58

Hamburg, den 24. September 1899.

J. Röster, Kassirer.

Revidirt und für richtig befunden von den Mitgliedern:
- Carl Preßler, Harburg.
- Thomas Paradies, Hamburg.
- Hermann Warko, Altona.

Zentral-Kräutenkasse
der Maurer, Gipser (Welsbinder) und Stukkateure
Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (s. h. Ut. 7).

In der Woche vom 24.-30. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der preußischen Verwaltung in Charlottenburg M. 600, Leipzig 300, Alt-Welsdorf 140, Lehnin 100, Cannstatt 100, Wittenberge 100, Eggenstedt 33, Summa M. 1873,35. Aufschüsse erhielten: Harthorn M. 300, Mostost 200, Dresden 200, Münchhausen 150, Stuttgart 125, Liep. (Oder) 100, Schindel 70, Summa M. 1145.

Altona, den 30. September 1899.

Karl Reiß, Hauptkassier, Friedrichsbarstr. 28.

Anzeigen.

(Schluß für Annoncen, Annahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Zahlstelle Deutsch-Wilmersdorf.
Samstagabend, 14. Oktober, in Witte's Volksgarten:

Drittes Stiftungsfest.

Beginn 8 Uhr. Das Labet ergeben ein M. 2,10. Das Comité.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichend wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, sofern wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefall Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 10,-)

Berlin II. Infolge eines Unfalls (durch Überfahren) verstarb unser Verbandskollege **Karl Bremer** im Alter von 52 Jahren.

Am 29. September verstarb unser Kollege **Emil Linke** im Alter von 55 Jahren.

Bremen (Berlin). Am 15. September verstarb hier nach kurzen Leidern das Verbandsmitglied **Lorenz Schröter** im Alter von 52 Jahren.

Crimmitschau. Am 26. September verstarb unser treuer Verbandskollege **Emil Vetterlein** aus Langenreinsdorf nach langer Krankenlager an Mereileiden im Alter von 55 Jahren.

Jahns. Am 27. September verstarb nach neuwöchentlichem Krankenlager unser Verbandskollege **Wilhelm Rehfeld** aus Sandförde im Alter von 35 Jahren an der Lungensyphilis.

Landesberg, a. d. W. Am 24. September verstarb nach schwerem Leidern unser Verbandskollege **Emil Kunze** aus Birschen im Alter von 27 Jahren.

Nordhausen. Am Sonntag, den 24. September, starb plötzlich und unerwartet unser Verbandskollege und Gründer der Zahlstelle **Karl Steinicke** im Alter von 52 Jahren.

Strelitz. Am 1. November verstarb nach langerem Merleiden unter treuer Verbandskollege **Wilhelm Lehmburg** im Alter von 45 Jahren.

Tondern. Am Dienstag, den 26. September, starb nach langerem, schwerem Leidern unser treuer Vorstandsmitglieder **Johann Heinrich Schulz** im Alter von 40 Jahren. Schulz war Mitgründer der heimigen Zahlstelle und hat noch Kräfte für den Verband gestreut.

Ehre Ihrem Andenken!

Lederhosen-Fabrikant

W. Ad. Langer, Leubsdorf I. Sachs., empfiehlt und liefert zum Engeos-Preise seine bewährten.

Double-Leder-Hosen

in übergrau, schneeweiß und dunkelbraun. Ein Probe- paar zur Ansicht. I. Qualität M. 5,- II. Qualität M. 4,50,- frei in's Haus gegen Nachnahme. Angabe des Schriftlaues und Bindeweise in einer genügt für guten und bequemen Sit. Warenpolen in gewöhnlicher Farbe und Qualität sende auf jeden Paßplatz umsonst und franco zur Verfügung.

J. Blume & Co.,
Hamburg.

Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-ledernen und Manchester Arbeits-Artikel und Isländer Jacken. Muster- u. Preissortiment gratis.

J. Blume & Co.,
Hamburg.

Bielefeld, Karl Eilers, Bielefeld.

Nienkirchenerstraße 11.

Versandhaus für die Kollegen des Maurerverbandes.

Eigentätigkeit:

Engl. Lederhosen, Blouson, Wasserwagen, Kellen, sowie sämtliches Maurer-Werkzeug.

Anzeige nach Maus in jeder Preisliste.

Verkauf nach auswärtig portofrei gegen Nachnahme.

Quittungsmarken,

Lokalsondmärken, Streifsondmärken, Quittungskarten, Kontrollkarten, Sammelkarten, sowie alle Druckarbeiten liefert sauber und preiswert.

Conrad Müller,

Schleußig-Leipzig. Schleußig-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis.

Arbeitsmarkt

Die

Verbandsleitung.

Die

Verbandsleitung.